

Wortprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Bürgerschaftliches Engagement und Partizipation

37. Sitzung
30. November 2020

Beginn: 12.03 Uhr
Schluss: 15.07 Uhr
Vorsitz: Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Siehe Inhaltsprotokoll.

Punkt 2 der Tagesordnung

Aktuelle Berichte aus den Senatsverwaltungen

Siehe Inhaltsprotokoll.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Wir kommen zu

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Bürgerräte – Eine Idee für Berlin?
(auf Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Die
Linke und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

[0099](#)
BuergEnPart

Hierzu: Anhörung

Als Anzuhörende begrüße ich vor Ort Frau Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler vom Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg. Digital zugeschaltet sind uns Herr Dr. Robert Vehrkamp, Senior Advisor der Bertelsmann Stiftung, Herr Antoine Vergne, Director of strategic Partnerships, Missions Publiques und Herr Oliver Wiedmann, Landesvorstandssprecher des Landesverbandes Berlin-Brandenburg von Mehr Demokratie e. V. Herzlich Willkommen an Sie alle!

Soll ein Wortprotokoll erstellt werden? – Ja, das machen wir wie immer. Welche Fraktion übernimmt die Begründung des Besprechungsbedarfs? – Das macht Die Linke. Bitte, Herr Efler!

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Erst mal Hallo in die Runde. Ich freue mich, mal wieder hier in diesem Ausschuss zugegen zu sein.

Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist, hat Victor Hugo mal gesagt. Möglicherweise trifft das auch ganz gut auf das Thema Bürgerräte zu. Das werden wir natürlich jetzt gleich sehr intensiv durchsprechen. Jedenfalls wird das Modell immer häufiger angewandt, ob auf staatlicher, regionaler oder kommunaler Ebene. Wir haben mittlerweile mannigfaltige Erfahrungen in Irland, in Frankreich, in Großbritannien. Wir haben Bürgerinnen- und Bürgerräte zu unterschiedlichsten Themen, sehr häufig auch zu dem Thema Klima. Deswegen freuen wir uns auch, dass wir hier einen Vertreter dabei haben, der uns zu dem französischen Bürgerrat einiges sagen kann. Wir haben aber auch in Deutschland bereits Erfahrung mit einem selbst organisierten Bürgerrat Demokratie und jetzt mit einem offiziellen Bürgerrat „Deutschlands Rolle in der Welt“ gesammelt. Insofern bin ich wirklich sehr gespannt, was wir heute zu hören bekommen und ob wir – wenn wir den Titel unserer Anhörungen nehmen: Bürgerräte – Eine Idee für Berlin? – möglicherweise eine Antwort am Ende der Anhörung haben oder vielleicht irgendwann darauf. Jetzt freue ich mich sehr auf die Beiträge der Anzuhörenden.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Gut. Dann kommen wir zur Anhörung, wie immer in alphabetischer Reihenfolge, und das bedeutet, dass Frau Schöttler beginnen darf. – Bitte, Frau Schöttler!

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (BA Tempelhof-Schöneberg): Ich möchte Sie auch erst mal alle sehr herzlich begrüßen, mich für die Einladung bedanken und natürlich auch für die Fördermittel, die wir von der Senatskanzlei bekommen haben, um unsere ersten Bürgerinnen- und Bürgerräte in Tempelhof-Schöneberg durchzuführen. Ich will ganz kurz

sagen, was wir gemacht haben, um dann auf die Empfehlungen und die Erfahrungen einzugehen.

Wir haben bei uns sieben verschiedene Ortsteile, und wir haben uns entschieden, in jedem Ortsteil einen Bürgerinnen- und Bürgerrat durchzuführen und zwar unter dem sehr offenen Thema: Wie können wir die Bezirksregion jeweils lebenswert erhalten und die Zukunft gemeinsam gestalten? – Das war mir wichtig, um einfach mal ein Feedback zu bekommen, was die großen Themen sind und womit wir weiterarbeiten können.

Die Resonanz auf unsere Zufallsauswahl war sehr hoch. Wir haben durch Zufall in einem bestimmten Schema Menschen angeschrieben, sie aufgefordert mitzumachen und mit diesen Ausgewählten einen anderthalbtägigen Workshop gemacht, nämlich den sogenannten Bürgerinnen- und Bürgerrat. Das ging von Freitagnachmittag bis Sonnabendabend, und das Ganze wurde durch externe Erfahrene in der entsprechenden Moderationstechnik – nämlich durch in Dynamic Facilitation geschulte Moderatoren – durchgeführt.

Das Ergebnis am Ende wurde dann in einem weiteren Workshop mit der Verwaltung besprochen. Aber bevor die Verwaltung es bekommen hat, gab es noch ein öffentliches Bürgerinnen- und Bürgercafé mit den Mitgliedern des Bürgerinnen- und Bürgerrats, wo wir versucht haben, die Empfehlungen, die der Bürgerinnen- und Bürgerrat vorgestellt hat, mit der Bevölkerung, also mit allen, die wollen, zu diskutieren und auch gemeinsam weiterzuentwickeln. Wie gesagt – dann ging es an die Verwaltung, die uns dann schriftlich rückgemeldet hat, wie der Stand der einzelnen Themen ist: was aufgegriffen wird, was als Nächstes passieren soll. Dieses wird nach und nach in schriftlicher Form rückgemeldet, natürlich zunächst an die Bürgerinnen- und Bürgerräte direkt, dann aber natürlich auch an alle, die sich eingetragen haben und ein Ergebnis erfahren möchten.

Wir haben über die Internetseiten und über meinBerlin versucht, die Dokumentation so transparent wie möglich zu gestalten. Jeder und jede kann also, wenn gewollt, alle Dokumente einsehen. Im Prinzip sind wir noch dabei, aber insgesamt haben wir für den ganzen Prozess zur Durchführung der Bürgerinnen- und Bürgerräte anderthalb Jahre gebraucht. Corona kam uns ein bisschen dazwischen. Wir mussten das eine oder andere immer mal wieder nach hinten verschieben.

Erfahrungen und Empfehlungen – zunächst erst mal zu der Frage der sehr offenen Fragestellung: Die Fragestellung als solches ist ein Schlüsselpunkt in dem ganzen Durchlauf eines Bürgerinnen- und Bürgerrates, denn hier wird natürlich ein Stück weit der Rahmen vorgegeben oder, wie in unserem Falle, ein sehr weiter Rahmen vorgegeben. Man kann einen Bürgerinnen- und Bürgerrat natürlich auch zu einer ganz konkreten Fragestellung machen. Dann ist der Rahmen entsprechend enger. Das muss im Vorfeld gut bedacht werden, und hier sollte man auch entsprechend Zeit investieren, damit dann klar ist: Wie kann man mit den Ergebnissen umgehen, und was kann man rückmelden? Welchen Spielraum haben die Bürgerinnen und Bürger mit ihren Empfehlungen? Wählen sie zwischen verschiedenen Alternativen aus, wo dann definitiv eine ausgewählte umgesetzt wird? Oder beginnt jetzt ein Dialog darüber – wie es bei uns der Fall ist –, wie die Themenstellungen nach und nach abgearbeitet werden, sodass wir natürlich nicht alle Fragestellungen sofort umsetzen können. Ich persönlich bin sehr froh, mit der Stimmungsabfrage angefangen zu haben. Wir wollen aber natürlich im wei-

teren Verlauf weitere Fragestellungen lokalisieren und vielleicht auch mit neuen Bürgerinnen- und Bürgerräten untersetzen.

Was wichtig ist und wo bei uns am Anfang viel zu wenig Zeit einkalkuliert worden ist, ist die Kommunikation innerhalb der Verwaltung. Wir müssen im Zweifelsfalle alle Fachverwaltungen involvieren, auf jeden Fall die, die potenziell dann die Umsetzung durchführen. Hier muss möglichst im Vorfeld eine hohe Akzeptanz erzeugt werden, damit wir sehr schnell auch Antworten bekommen und die Umsetzung stattfindet, denn an der Umsetzung – das muss man ganz klar kommunizieren – werden wir am Ende auch gemessen. Das heißt, alles, was im Vorfeld an Akzeptanzerhöhung innerhalb der Verwaltung investiert wird, ist gut angelegt.

Die Rückmeldungen aus der Zufallsauswahl entsprachen auch nicht immer der von uns geschätzten Zusammensetzung der Bevölkerung. Selbst wenn man mit Quoten arbeitet, muss man hier gucken, ob man eventuell ein zweistufiges Verfahren einführt, um wirklich eine Repräsentanz innerhalb des Bürgerinnen- und Bürgerrates zu bekommen – das heißt im Zweifelsfalle deutlich mehr Anschreiben als wir hatten. Wir hatten gute Rückläufe, bis zu 10 Prozent in einem Ortsteil, aber wenn man so was Zweistufiges macht, muss man gleich noch mal eine Schippe drauflegen.

Wo man drei Schippen drauflegen muss, ist das Thema Werbung. Das ist dadurch, dass wir sehr unter Zeitdruck standen, bei uns auch etwas zu kurz gekommen. Werbung, Werbung, Werbung: für das Instrument, aber auch für die Termine, die angesetzt werden, über alle bekannten Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, über alle Wege, über alle Medien. Das braucht Zeit im Vorfeld, und die muss man sich auch nehmen. Das sollte man sehr gut planen, denn je mehr Werbung man macht, desto mehr machen dann auch mit. Ich sagen mal: Ein kleines bisschen ist dieser Weg auch eines der Ziele des Bürgerinnen- und Bürgerrats. Wir wollen damit nämlich bekannt werden. Das geht eben nur über entsprechende Kommunikation, und das geht nur über entsprechende Kapazitäten – im Zweifelsfalle Personal, aber sicherlich auch die eine oder andere Summe Geld.

Wenn man einen Bürgerinnen- und Bürgerrat anfängt, dann muss man ihn auch durchhalten. Da sind wir wieder beim Thema Personal und Geld. Das heißt, man kann einen Bürgerinnen- und Bürgerrat nicht nebenbei organisieren, so nach dem Motto: Mach mal diese Aufgabe auch noch! – Es bedarf wirklich eines zwar kleinen, aber für diese Aufgabe dann auch freigestellten Stabes innerhalb der Verwaltung. Es bedarf von außen der Moderatoren, die mithelfen, das Ganze zu organisieren, und der Stab darf auch nicht aufhören, wenn der Bürgerinnen- und Bürgerrat getagt hat, denn dann geht die eigentliche Arbeit los. Die Empfehlungen müssen umgesetzt werden. Dafür soll Akzeptanz geschaffen werden. Auch hier muss wieder Öffentlichkeitsarbeit hergestellt werden. Das heißt, das ist eigentlich ein fortlaufender Prozess, selbst wenn der Bürgerinnen- und Bürgerrat ein festes Gremium ist, was letztendlich andert- halb Tage tagt und sich dann formal wieder auflöst. Das ist zwar vermeintlich ein Gegensatz, ist es tatsächlich aber nicht, weil natürlich die Rückläufe dann kontinuierlich bearbeitet werden müssen.

Wie gesagt: Die Zustimmung für das Konzept war sehr hoch, und deswegen sind wir auch unheimlich interessiert daran, hier weiterzumachen und jetzt konkrete Themen zu finden. Und eins – das soll jetzt mein Abschluss sein –, was auch deutlich geworden ist: Es gibt im Mo-

ment noch viel zu wenig Kommunikation zwischen der Verwaltung und den Bürgerinnen und Bürgern oder auch der politischen Repräsentanz und den Bürgerinnen und Bürgern.

Ein Medium zu finden, wo man kontinuierlich in Kontakt bleiben kann, also eine Kommunikation aufzubauen, die sich langsam entwickelt, dafür ist der Bürgerinnen- und Bürgerrat auch ein sehr gutes Instrument. Dafür wollen wir ihn nutzen, und ich glaube, dass wir da dann auch eine ganze Menge an Politikverdrossenheit abbauen können – über das Instrument und eine kontinuierlichen Kommunikation. Aber wie gesagt: Das benötigt Personal, das benötigt auch ein bisschen Mittel, und das setzt voraus, dass die Menschen, die das tun, nicht noch mit anderen Aufgaben belastet sind und es dann in der Priorität nach hinten rutscht.

Allerletzte Bemerkung: Wenn es gut läuft, macht es allen Beteiligten auch sehr viel Spaß. Ich denke, das ist eine Kombination, mit der wir in Zukunft sehr gut arbeiten können. Ich freue mich jedenfalls darauf. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Frau Schöttler! – Dann wäre jetzt Herr Dr. Vehrkamp dran. Er wird uns zugeschaltet.

Dr. Robert Vehrkamp (Bertelsmann Stiftung) [zugeschaltet]: Hallo Frau Vorsitzende! – Ich grüße Sie, leider nur digital, aus der Berliner Nachbarschaft heute Morgen. Ich hätte mich gerne auf mein Fahrrad geschwungen und wäre persönlich in die Sitzung gekommen. Das lassen die Umstände derzeit leider nicht zu. Umso herzlicher noch mal: danke schön für die Einladung! Ich werde mich in meinem Eingangsstatement ganz kurz auf drei Punkte konzentrieren und würde alles Weitere dann gerne der Diskussion und den eventuellen Nachfragen überlassen.

Der erste Punkt, zu dem ich gerne ein paar Anmerkungen machen würde, ist noch mal ganz allgemein die Frage: Was genau sind eigentlich Bürgerräte? Was macht sie aus? Was ist ihr definitorischer Kern? Zweiter Punkt: Was können derart definierte Bürgerräte leisten? Der dritte Punkt: Was können sie aber gleichzeitig eben auch nicht leisten? – Ich habe ein bisschen die Hoffnung, dass sich aus diesen drei Punkten dann auch eine mögliche Antwort auf die Frage ergibt, ob Bürgerräte auch für Berlin ein zukunftsfähiges und verheißungsvolles Beteiligungsformat sein können.

Erster Punkt: Was sind Bürgerräte? – Bürgerräte sind deliberative, dialogorientierte Verfahren der Bürgerbeteiligung mit zufallsausgewählten Bürgerinnen und Bürgern. Es ist der wichtige definitorische Kern von Bürgerräten, so wie ich ihn verstehe, dass die Teilnehmer eben nicht wie in der üblichen Interessenbeteiligung über institutionalisierte Interessenvertretung rekrutiert werden und dass sie sich auch nicht, wie in selbstselektierten Beteiligungsverfahren üblich, selber aktiv dazu entschieden haben, teilzunehmen oder nicht teilzunehmen. Stattdessen sind sie über eine gesteuerte oder ungesteuerte Zufallsauswahl eingeladen worden, an diesen Formaten einer dialogorientierten, deliberativen Bürgerbeteiligung teilzunehmen. Das heißt, diese Zufallsauswahl ist aus meiner Sicht wirklich das definitorische und konstituierende Element von Bürgerräten, das die Bürgerräte für mich auch kategorial unterscheidet von den üblichen Verfahren der Interessentenbeteiligung und auch von den üblichen dialogorientierten Verfahren, die selbstselektiv organisiert sind. Insofern würde ich sagen: Bürgerräte sind eine – für Deutschland zumindest – neue, eigenständige Kategorie von dialogorientierten Bürgerbeteiligungsverfahren mit dem spezifischen Kennzeichen der Zufallsauswahl. Wie das gerade auch schon angedeutet wurde, können Sie die Zufallsauswahl gesteuert oder ungesteuert machen. Zu den technischen Details kann ich gerne nachher in der Diskussion noch mal Auskunft geben. – Wir arbeiten in der Bertelsmann Stiftung seit 2007 mit derartigen zufallsaus-

gewählten Bürgerbeteiligungsformaten. Bei uns hieß das lange nicht Bürgerrat, sondern Bürgerforum, aber wir haben wirklich viel praktische Erfahrung gewonnen – wie eigentlich Zufallsauswahl geht, welche technischen Möglichkeiten es gibt, was da sinnvoll ist, was da weniger sinnvoll ist – rund um die Frage: Wie organisiere ich diese Zufallsauswahl? Das ist das konstituierende Merkmal von Bürgerräten.

Das führt mich zu meinem zweiten Punkt: Was können Bürgerräte als spezifisches, zufallsausgewähltes, dialogorientiertes Bürgerbeteiligungsverfahren leisten? – Ich denke, dass Bürgerräte mindestens zwei sehr spezifische Stärken haben. Das Erste, was ich nennen möchte, ist, dass Sie mit Bürgerräten wirklich repräsentative Meinungs- und Entscheidungsbilder produzieren können. Jetzt höre ich in Diskussionen häufig das Argument: Für die Erzeugung von repräsentativen Meinungsbildern haben wir doch die Demoskopie, haben wir doch die Meinungsforschung, haben wir doch die Umfragen, die uns sagen, was die Bevölkerung repräsentativ denkt oder was bestimmte Teilgruppen der Bevölkerung über ein bestimmtes Thema denken. Das glaube ich eben nicht. Ich glaube, dass Bürgerräte eben noch mal eine spezifische Qualität erzeugen können, dadurch, dass sie eben nicht nur einfach Meinungsbilder abfragen, dass sie quasi nicht nur fotografisch einen Snapshot von Meinungsbildern über bestimmte Themen machen, sondern dass Sie tatsächlich in einen strukturierten persönlichen Diskurs und Austausch in einer sehr vielfältigen Gruppenzusammensetzung gehen. Das produziert und erzeugt im Prozess eine viel höhere Qualität von Repräsentativität, als Sie das durch sogenannte repräsentative Meinungsumfragen erzeugen können. Das heißt also: Ich würde das gar nicht gegeneinander ausspielen wollen, aber ich bin fest davon überzeugt und kann auch aus einer jahrelangen Praxis und jahrelangen Arbeit mit solchen Formaten sagen, dass Sie da noch mal eine wirklich neue Qualität durch den Diskurs erzeugen, die Sie mit Umfragen gar nicht erreichen und erzielen können.

Und der weitere Punkt, den ich nennen möchte – und der wird häufig bei Bürgerräten übersehen: Ich glaube, dass eine spezifische Stärke von Bürgerbeiräten auch ist, dass sie neue Orte für gelebte und praktizierte Demokratie sein können, weil sie über die Zufallsauswahl gerade die Menschen ansprechen, die von selber nicht aktiv werden, die nicht Mitglied einer Partei, einer Bürgerinitiative oder einer sonstigen demokratischen Institution sind, die nicht in Verbänden organisiert sind, sondern die als interessierte Bürgerinnen und Bürger über die Zufallsauswahl angesprochen werden und dann eine Engagementmöglichkeit bekommen, die sie gleichzeitig mit sehr vielfältigen Menschen aus anderen Lebensbereichen konfrontiert. Es ist jedenfalls in der Evaluation der Formate, die wir durchgeführt haben – der Bürgerforen, die wir durchgeführt haben –, immer unisono eine sehr positive Resonanz, die wir bekommen, dass die Menschen das als einen aktiven, lebendigen Ort auch für das Erlernen und Praktizieren von Demokratie erleben. Deshalb glaube ich, dass Bürgerräte auch in einer Stadtgesellschaft über die reine Produktion von Meinungs- und Entscheidungsbildern hinaus auch neue spannende und zukunftsweisende Orte für Demokratie sein können, die wir ganz dringend benötigen.

Letzter Punkt allerdings: Was können Bürgerräte aus meiner Sicht auch nicht leisten? – So empathisch ich für die Einführung von Bürgerräten plädiere und so positiv auch persönlich meine Erfahrungen damit sind, hat das Format, glaube ich, auch Grenzen, und man darf es auch in der Diskussion über ihre Einführung und Verwendung im politischen Betrieb nicht überhöhen. Bürgerräte können die repräsentative Demokratie, die Institutionen der repräsentativen Demokratie nicht ersetzen. Sie sind auch über die Zufallsauswahl demokratisch nicht so

legitimiert, wie das beispielsweise ein Parlament oder ein Abgeordnetenhaus ist, das von allen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern gewählt wurde. Sie können aber repräsentative Demokratie ergänzen, und sie können sie besser machen. Das ist, glaube ich, ihre Aufgabe. Deshalb würde ich dafür plädieren, von vornherein einen realistischen Ansatz an die Chancen und Möglichkeiten von Bürgerräten anzulegen und es nicht so zu machen, wie es beispielsweise häufig in der Diskussion über direkte Demokratie gemacht wird – dass es überhöht wird, dass es gegen die bestehenden Institutionen der repräsentativen Demokratie ausgespielt wird. Ich würde stattdessen von vornherein sagen: Es ist ein gutes Instrument, die Institutionen zu ergänzen. Deshalb glaube ich, dass es für das Abgeordnetenhaus und für die Bezirksverwaltungen, aber auch beispielsweise für die Parteien selber Formate und Wege sein können, Menschen wieder in den Prozess der politischen Diskussion und auch in die Produktion von politischen Entscheidungen reinzuholen, die heute nicht drin sind und sich durch die üblichen repräsentativen Verfahren auch nicht mehr hinreichend angesprochen fühlen.

Insofern ziehe ich aus meiner Sicht insgesamt ein sehr positives Fazit, aber mit der Bitte, das Format auch von vornherein realistisch anzusetzen und seine Grenzen zu erkennen. – Damit möchte ich es erst mal bewenden lassen und freue mich dann auf die Diskussion.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann kommen wir zu Herrn Vergne. Ich hoffe, dass ich den Namen richtig ausspreche. Auch er wird zugeschaltet. So, wie ich es im Moment einschätze – ich kündige das schon mal an –, werden wir nach den Anzuhörenden erst mal die Lüftungspause machen müssen. – Bitte!

Antoine Vergne (Missions Publiques) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Guten Tag! Ich freue mich wirklich, heute bei Ihnen zu sein, nicht nur wegen des Themas – denn Losverfahren, Politik und Bürgerbeteiligung sind meine Steckenpferde und meine Arbeit seit 20 Jahren –, sondern auch, weil ich seit 17 Jahren in Berlin bin, an der FU studiert und über Losverfahren in der Politik promoviert habe. Daher würde ich gerne noch mal das Anfangszitat wiederaufnehmen – ich habe auch langsam den Eindruck, dass die Zeit dieser Idee gekommen ist, wobei wir seit 40 Jahren Erfahrungen damit sammeln. Deutschland war Vorreiter mit dem Modell Planungszelle, schon in den Siebziger- und Achtzigerjahren, aber mein Eindruck ist auch, dass Bürgerbeteiligung, Bürgerräte und die deliberative Demokratie wirklich eine neue Dimension bekommen, und deswegen freue ich mich, hier zu sein, auch weil Berlin meine Stadt ist. Die Frage für Berlin zu behandeln, finde ich sehr gut.

Ich habe gesagt: Das ist auch meine Arbeit. Ich arbeite bei Missions Publiques. Wir sind ein Team zwischen Berlin und Paris und arbeiten seit 20 Jahren mit Bürgerbeteiligung auf lokaler, regionaler, nationaler, europäischer und globaler Ebene. Es gibt immer zwei Fragen, die uns antreiben. Es ist die Qualität: Wie schafft man ein qualitativ gutes Verfahren? Und: Wie erreicht man Wirkung auf Entscheidungsfindung? Das sind die zwei Sachen, die uns motivieren. Vor diesem Hinblick würde ich gerne die Frage beantworten. Ich werde auch nicht in die Details der Methode gehen, die aber vielleicht für die Nachfragen interessant sind. Als Eingangsstatement würde ich gerne die Frage beantworten, ob ein Bürgerrat etwas für Berlin ist. Ich würde sagen: Ja, wenn! Und was sind diese Wenss? – Ich sehe drei hauptsächliche Wenss. Das erste Wenn ist die Frage der Inklusion. Wir wissen, dass das Losverfahren Inklusion ermöglicht. Das Losverfahren ist ein Werkzeug für einen Bürgerrat, es ist das Verfahren, wie man die Bürgerinnen und Bürger rekrutiert. Es ist aber nicht alles. Die Erfahrung, die wir in den letzten Jahren gemacht haben, ist, dass Inklusion auch Leute außerhalb des Bürgerrates

betrifft. Wir haben beim Thema Bürgerrat in Frankreich bemerkt, dass die Tatsache, dass die Öffentlichkeit davon weiß, den gesamten Prozess stärker macht. Die Öffentlichkeit beinhaltet nicht nur die Medien, sondern auch die Bürgerinnen und Bürger. Wir haben zum ersten Mal gesehen, dass in Frankreich über 60 Prozent der Bevölkerung von dem Klimabürgerrat wussten. Das heißt, dieses deliberative Verfahren ist auch ein politisches Objekt und ein Diskussthema gewesen. Das ist gut, weil es sich damit im öffentlichen Diskurs und im Politikbetrieb wiederfindet. Es ist nicht nur eine kleine abgekoppelte Runde von Bürgerinnen und Bürgern, sondern es hat eine Existenz als Teil der öffentlichen Diskussion. Das heißt, das erste Wenn wäre: Wenn wir eine Inklusion organisierter Interessen und der Öffentlichkeit haben, dann ist es sehr mächtig.

Das zweite Wenn ist für mich: wenn es einen Bedarf gibt. Bürgerräte sind in Mode. Wir hatten davor andere Instrumente. Bürgerforen waren auch mal Mode, und wir hatten davor Citizens' Juries, also Bürgerjurys. Die Frage für mich ist: Gibt es einen Bedarf, und was ist der Bedarf? – Der Bedarf besteht bei einer Frage, die die traditionelle repräsentative Politik ohne Unterstützung der Bevölkerung so nicht lösen kann. Bürgerbeteiligung, um Bürgerbeteiligung zu machen, bringt nicht so viel. Frankreich hatte nach den Gelbwesten gerade die Frage von sozialgerechten Klimaschutzmaßnahmen. Das war eine echte Frage mit Blockade. Wenn es eine Blockade in der repräsentativen Politik plus eine echte politische Frage gibt, dann ist es am besten: dann hat man einen Mehrwert von so einem Prozess, weil dieses Instrument sehr dafür geeignet ist. Eine Bedarfsanalyse sollte man also auf jeden Fall machen, bevor man irgendeinen Bürgerrat macht.

Das dritte Wenn wäre für mich die Institutionalisierung, also die Frage: Wie gliedert sich das in andere Wege der Entscheidungsfindung ein? Es gibt natürlich die Verbindung mit der direkten und mit der repräsentativen Demokratie. In den letzten Jahren wurde viel ausprobiert, und es wurden viele Erfahrungen mit der Verbindung von direkter und repräsentativer Demokratie gesammelt. Ich glaube, das ist etwas, was man weitermachen sollte und auf jeden Fall mit bedenken sollte. Die zweite Komponente in Sachen Institutionalisierung ist die Frage: Wann ist man in der Lage – es ist ein Oxymoron –, eine Krisendeliberation auf die Beine zu stellen? Ich nehme das Beispiel Covid und Corona. Wenn wir eine Struktur, eine Institution für deliberative Demokratie und einen Bürgerrat hätten, wenn das Teil des institutionellen Designs wäre, könnte man sehr schnell so ein Verfahren für Fragen, die sehr schwer sind, anleiten und aktivieren. Für mich sind Entscheidungen über Coronamaßnahmen ein perfektes Beispiel für so ein deliberatives Verfahren. Im Moment sind wir nicht in der Lage, das zu machen, weil deliberative Verfahren im Moment normalerweise einen sehr langen Anlauf brauchen. Wenn aber schon eine Struktur da ist, dann könnte man das schneller aktivieren. Die dritte Komponente von Institutionalisierung ist natürlich die Kompetenz und die Tatsache, dass es Leute in der Verwaltung, in der Zivilgesellschaft, aber auch in den Verbänden gibt, die wissen, worum es geht, denn damit kann man besser arbeiten und man stößt nicht auf Blockaden.

Das wäre dann etwas für Berlin, wenn es eine Inklusion von Bürgerinnen und Bürgern sowie von anderen organisierten Interessen gibt, wenn es einen Bedarf gibt und wenn es eine Institutionalisierung gibt. Ich bin natürlich sehr gerne bereit, konkrete Beispiele zu geben oder methodische Fragen zu beantworten, wenn wir die Diskussion haben.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann kommen wir zu Oliver Wiedmann.

Oliver Wiedmann (Mehr Demokratie e. V.) [zugeschaltet]: Vielen Dank für die Einladung! – Ich freue mich, hier auch unsere Erfahrungen mit Bürgerräten vorstellen zu können. Ich würde zu drei Bereichen gerne was sagen: einmal allgemein zu Bürgerräten, konkret zu unserem Bürgerrat Demokratie und unserem neuen Bürgerrat, den wir gerade durchführen bzw. der in Planung ist, und dann möchte ich noch mal kurz auf die Berliner Situation eingehen.

Mehr Demokratie e. V. hat im letzten Jahr einen bundesweiten Bürgerrat durchgeführt – den ersten bundesweiten –, und zwar zur Weiterentwicklung der Demokratie selbst. Wir haben uns eine Formulierung aus dem Koalitionsvertrag gegriffen, nämlich inwiefern die parlamentarische Demokratie weiterentwickelt werden kann durch Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie. Wir haben das Verfahren, wenn man so will, auf sich selbst angewendet. In diesem per Zufallsauswahl zusammengesetzten Gremium wurden dann 22 Empfehlungen erarbeitet, die im letzten Jahr dem Bundestag übergeben wurden. Eine Empfehlung war – das ist gerade schon angekommen – die Institutionalisierung von Bürgerräten auf Bundesebene. Dieser Punkt wurde in diesem Jahr vom Ältestenrat des Bundestags aufgegriffen. Dieser hat im Juni vorgeschlagen, einen weiteren Bürgerrat durchzuführen, nämlich zum Thema „Deutschlands Rolle in der Welt“. Ziel dieses Bürgerrats ist natürlich einerseits, der Außenpolitik Orientierung zu geben, aber es geht auch darum, das Instrument auf Bundesebene weiter zu erproben und hier gewisse Standards zu entwickeln.

Wir erleben ja gerade eine regelrechte Welle von zufallsbasierten deliberativen Verfahren, kann man sagen. Prominente Beispiele – das ist hier schon angekommen – sind sicherlich die Klimabürgerräte, die für Aufsehen gesorgt haben über die Grenzen des Landes hinweg in Frankreich, Irland, Großbritannien. Auch die Coronaeindämmungsmaßnahmen werden zum Beispiel jetzt zunehmend auch durch losbasierte Gremien begleitet, im englischsprachigen Ausland schon etwas länger, das fängt jetzt aber auch in Deutschland an. So hat zum Beispiel Augsburg jetzt als erste deutsche Stadt einen Beirat eingerichtet, der sich zum Teil losbasiert zusammensetzt. Baden-Württemberg wird Anfang nächsten Jahres folgen.

Wegweisend für viele, die in diesem Feld unterwegs sind und für uns auch, war, glaube ich, die irische Citizens' Assembly. Ich möchte dazu noch kurz ein, zwei Sätze sagen, weil ich finde, hier zeigt sich besonders gut, was Bürgerräte optimalerweise leisten können. Das ist schon bei Antoine Vergne angekommen, dass Bürgerräte da besonders gut geeignet sind, wo es Blockadesituationen gibt. Eine solche gab es in Irland eben. Was war passiert? – Im katholischen Irland wurde neben vielen Fragen auch die sehr strittige Frage des Abtreibungsverbots in einen Bürgerrat gegeben, um der Politik Hilfestellung zu geben. Die Bevölkerung war gespalten bei diesem Thema, das Thema war wahlentscheidend, die Fronten waren absolut verhärtet, und die Parteien haben sich aus dem Grund auch nicht mehr so recht herangetraut. Es gab also auch eine Not der Politik, sich hier Hilfe von den Bürgerinnen und Bürgern zu holen. Ich würde sagen: Die Rechnung ist aufgegangen. Nach ausführlicher Beratung in dieser Citizens' Assembly hat diese empfohlen, das strikte Abtreibungsverbot aus der Verfassung zu streichen. Es wurde vom Parlament angenommen und hat dann auch im Referendum die nötige Mehrheit bekommen.

Ich glaube, in der Bewertung sind sich alle einig, dass das ohne den Bürgerrat nicht gelungen wäre. Warum? – Weil eben der Vorschlag aus der Mitte der Gesellschaft kam und dementsprechend eine hohe Akzeptanz hatte. Ein Bürgerrat – das haben meine Vorrednerin und meine Vorredner schon dargestellt – zeichnet sich vor allem dadurch aus, dass die Teilnehmenden einerseits per Los ausgewählt werden und andererseits einen Querschnitt der Bevölkerung nach bestimmten Merkmalen abbilden. Diese Zufallsauswahl und das Format sorgen dafür, dass die Menschen bereit sind, ihre eigene Position zu überdenken und Kompromisse einzugehen. Es sind eben nicht die üblichen Verdächtigen – das hat Herr Vehrkamp gerade auch schon angedeutet –, die man sonst aus anderen Beteiligungsverfahren kennt, die, überspitzt formuliert, ohnehin schon alle Antworten haben. Es gibt jenseits von Filterblasen viel Raum für persönliche Begegnung. Ich glaube, es ist auch ganz wichtig, dass die Menschen sich auf einer persönlichen Ebene kennenlernen und nicht nur über deren Twitter-Accounts, und es gibt natürlich einen geschützten Raum, in dem diskutiert wird. Das ist auch ganz wichtig. Das heißt, die Teilnehmenden haben im Grunde genommen auch nichts zu verlieren, wenn sie ihre Meinung mal ändern.

Ich würde kurz etwas zu unserem Verfahren sagen, um vielleicht auch mal einen Eindruck zu vermitteln: Wie funktioniert so ein Losverfahren? Das ist eins von sehr vielen Verfahren. Das kann man auch anders machen; wir haben es jetzt so gemacht. Wir hatten im letzten Jahr fünf verschiedene Ortsgrößen gebildet, und daraus haben wir 98 Gemeinden bundesweit ausgelost. Wir haben dann tatsächlich von 76 Gemeinden auch eine Stichprobe aus dem Melderegister bekommen. Das heißt, es gibt auch manche Verwaltungen, die ihre Daten gar nicht rausrücken wollen oder sehr viel Geld dafür haben wollen. Wir haben dann aus den Gemeinden, von denen wir die Stichproben bekommen haben, insgesamt 4 360 Bürgerinnen und Bürger ausgelost. Die haben ein Einladungsschreiben von uns mit einem Grußwort des Bundestagspräsidenten bekommen; das hat dem Ganzen dann auch einen offiziellen Charakter gegeben. Die Menschen, die sich zurückgemeldet haben – 250, so etwa 5 bis 6 Prozent Rückmeldequote –, haben uns auch eine Antwortkarte mitgeschickt, wo sie ihre soziodemografischen Merkmale eingetragen haben bzw. wo sie die ankreuzen konnten. Wir hatten die Merkmale Alter, Geschlecht, Migrationserfahrung und Bildungshintergrund. Aus diesen haben wir dann dieses Gremium von 160 Teilnehmenden zusammengesetzt. Wir waren bei den Merkmalen Alter, Geschlecht, Migrationserfahrung ganz gut. Da haben wir tatsächlich den bundesweiten Durchschnitt hinbekommen. Wo wir nicht so gut waren, das war der Bildungsabschluss. Da haben wir den bundesweiten Schnitt nicht hinbekommen. Bei dem anstehenden Verfahren, was im nächsten Jahr beginnt, müssen wir tatsächlich auch sehen, dass wir da noch ein bisschen besser werden.

Vielleicht noch kurz ein paar Punkte, die aus meiner Sicht wichtig sind, damit Bürgerräte zum Erfolg geführt werden können. Wichtig ist natürlich, dass das Ganze unabhängig durchgeführt wird, das heißt, es braucht einen unabhängigen Durchführer, also eine Organisation, ein Institut – was auch immer –, die auch am Thema keine Aktien haben. Die Expertenauswahl ist sehr wichtig. Diese muss möglichst ausgewogen stattfinden, weil den Experten in dem Verfahren eine ziemlich zentrale Rolle zukommt, um die Qualität der Diskussion zu gewährleisten. Wir haben immer im Wechsel zwischen Plenum und Kleingruppen operiert. Das heißt, im Plenum wurden eher Informationen vermittelt, in den Kleingruppen haben dann die Diskussionen in einem geschützten Raum stattgefunden, um zu gewährleisten, dass sich die stillen und auch die politikfernen Menschen – die will man ja gerade auch erreichen – auch zu Wort melden.

Erst mal ist es ja bloß so, dass 160 Menschen bei uns diskutiert haben. Aber wie springt eigentlich der Funke auf die Gesamtbevölkerung über, damit die Akzeptanz hier möglichst gut ist? – Ich glaube, das ist auch ein ganz wichtiger Prozess. Das muss mitgedacht werden, und hier braucht es eine sehr gute begleitende Öffentlichkeitsarbeit. Vielleicht können wir die weitere Verfahrensdetails auch gerne dann in der Diskussion oder in der Fragerunde weiter erörtern.

Ich möchte noch einen Satz zu Berlin sagen. Ich glaube, vor allem bei der Erarbeitung von Klimaschutzmaßnahmen haben Bürgerräte zurzeit Konjunktur, und wir schlagen gemeinsam mit der Volksinitiative „Klimaneustart“, die am Mittwoch ihre Unterschriften dem Abgeordnetenhaus übergeben muss, einen Klimabürgerrat für Berlin vor. Worum geht es? – Bei dem Ziel des Klimaschutzes gibt es ja meist Einigkeit, aber bei den Maßnahmen nicht, also: Wo erhalten wir Grünflächen? Wo werden Wohnungen gebaut? Welche Verkehrsmittel haben Vorrang vor anderen? Wie lässt sich Wärmedämmung mit bezahlbaren Mieten in Einklang bringen? Das sind wichtige Fragen für Berlin, und die wichtigste Frage ist: Was sind die Bürgerinnen und Bürger eigentlich bereit mitzutragen? Ich glaube, dass der Bürgerrat hier Antworten geben kann, und ich glaube, dass er das richtige Instrument ist, um diese Fragen zu klären. Soweit von mir. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann machen wir jetzt genau die zwanzigminütige Lüftungspause und sehen uns um 13.20 Uhr wieder hier. Danach kommen alle, die sich gemeldet haben, mit ihren Fragen dran.

[Lüftungspause von 13.00 bis 13.19 Uhr]

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Bitte nehmen Sie wieder Platz, damit wir weitermachen können! Wir verlieren sowieso eine ganze Menge Zeit durch diese Lüftungspausen. Dann fangen wir mal mit den Fragen an. Ich habe als erstes Frau Böcker-Giannini auf der Liste stehen, die ist aber noch nicht da. Dann kann Frau Demirbüken-Wegner anfangen. Ich hoffe, dass die, an die die Fragen gerichtet sind, wieder zurück sind. Das ist im Moment das Wichtigste. – Frau Demirbüken-Wegner, bitte!

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Vielen Dank, Frau Vorsitzende! – Auch vielen herzlichen Dank an die Anzuhörenden für die sehr interessante Einführung in das Thema, was ja überall im Bundesgebiet – aber auch, wie wir gemerkt haben, über die Grenzen Deutschlands hinaus – diskutiert und auch unterschiedlich angegangen wird!

Vielleicht meine erste Frage an die praktische Ebene. Frau Bezirksbürgermeisterin Schöttler! Sie hatten in Ihren Ausführungen angemerkt, dass ein Bürgerrat nicht nebenbei organisiert werden kann. Es bedarf Personal und Finanzen. Sie hatten, wenn ich das aus den Unterlagen richtig herausgelesen habe, Ihre erste Veranstaltung gehabt, die durch die Beauftragte für bürgerschaftliches Engagement in enger Kooperation mit der SPK organisiert worden ist. Ist vielleicht auch für die Zukunft angedacht, diesen Bürgerrat dort anzusiedeln und extra dafür Personal abzustellen? Wie definieren Sie dann die von Herrn Wiedmann angedachte Formulierung, der Bürgerrat müsse Unabhängigkeit haben und die in politischen Themen involvierten Organisationen dürfen da keine Aktien haben? Wie stehen Sie dazu, wenn dieser Bürgerrat bei Ihnen im Hause personell und finanziell einen Rahmen bekommen sollte? Könnten Sie vielleicht sagen, wenn Sie über Finanzen reden, über wie viele Finanzen wir hier ungefähr sprechen?

An Herrn Dr. Vehrkamp hätte ich eine Frage. Auch Ihnen noch mal herzlichen Dank für die Ausführung, was die Stärken so eines Bürgerrates sein könnten! Zum Schluss haben Sie gesagt, dass Sie das Anliegen als sehr positiv bewerten. Mich würde vor dem Hintergrund Ihres interessanten Hinweises – das Format muss richtig angesetzt werden – interessieren: Was ist das richtige Format? Und, weil Sie ja auch in Berlin sind, vielleicht mit Blick auf Berlin: Was wäre für Berlin das richtige Format?

Dann hätte ich ein paar Fragen, die mich ein Stück bewegen, seitdem ich mich in dieses Themenfeld eingelese habe. Vielleicht kann jeder von Ihnen etwas dazu beitragen. Und zwar: Es gibt in Berlin eine Vielzahl von Bürgerbeteiligungsmöglichkeiten, und man hört immer wieder die Formulierung, man müsse die zunehmende Demokratiemüdigkeit stoppen. Ist diese Aussage vor diesem Hintergrund wirklich zutreffend, und könnte man Ihrer Meinung nach damit eigentlich etwas anderes gemeint haben? Diese Frage geht vielleicht insbesondere in Richtung Herrn Wiedmann.

Kann ein Bürgerrat die bestehenden Strukturen, die wir im Land Berlin haben, effizienter machen, oder ergeben sich dadurch nicht weitere Parallelstrukturen, die in Konkurrenz zueinander stehen könnten? Und wie ist vor diesem Hintergrund die Empfehlung des Bürgerrats Demokratie zu verstehen, Herr Wiedmann, dass die Rahmenbedingungen für die losbasierten Bürgerräte einfach gesetzlich gefasst werden müssen, insbesondere auch mit Blick auf Ihre Ausführung, dass hier die Unabhängigkeit eine ganz wichtige Rolle spielt? Wie ist die Forderung zu verstehen, das gesetzlich zu fassen, um eine dauerhafte positive Praxiserhaltung zu gewährleisten oder entfalten zu können? Was bedeutet das dann beispielsweise für die nicht

geförderten Bürgerinitiativen, deren Empfehlungen und Forderungen nicht auf einer gesetzlichen Basis stehen? Wir haben auf der einen Seite die Bürgerräte, die gesetzlich verankert sind, auf der anderen Seite Bürgerinitiativen, die nicht gesetzlich verankert sind. Wie geht man mit deren Forderungen und Empfehlungen um?

Des Weiteren hatten einige die Institutionalisierung angesprochen, auch – jetzt kommt es, der Name – Herr Vergne. Ich glaube, das wird noch ein bisschen betonter ausgesprochen. Verzeihen Sie es mir bitte! Deshalb komme ich immer gut, wenn ich sage: Sagen Sie zu mir EDW! – Herr Vergne, genau! Zur Institutionalisierung – die Forderung des Bürgerrats Demokratie lautete ja: Institutionalisierung von losbasierten Bürgerräten. – Wir haben auch gehört, dass neue Verwaltungs-, Umsetzungs- und Organisationsstrukturen dafür notwendig wären. Das haben Sie auch in Ihrem 22-Punkte-Katalog aufgeführt. Das habe ich dann so herausgelesen: Eine „unabhängigen Stelle“ beim Bundespräsidium hatten Sie dort geschrieben – hier müsste das bei der Senatskanzlei oder dem Regierenden Bürgermeister sein –, Gewährleistung der Umsetzung der Empfehlung, finanzielle Entschädigung, Anleitung durch Fachleute, Dolmetscher, Babysitter usw. – Ist hierdurch wirklich eine Stärkung der demokratischen Prozesse herauszuarbeiten, also durch die unabhängige Forderung, die Sie gleichzeitig stellen?

Eine letzte Frage: Was würde die Einsetzung losbasierter Bürgerräte Ihrer Meinung nach letztendlich für das Land Berlin bringen, und wie stellen Sie sich deren Arbeit in welchen Bereichen und Ebenen vor? Diese Frage geht vielleicht an alle, auch mit Blick auf Herrn Dr. Vehrkamp. Glauben Sie, dass in diesem Zusammenhang ein Bürgerrat, dessen Zusammensetzung nach Zufallsprinzip erfolgt, eine repräsentative Volksmeinung darstellt, die insbesondere auch für die Politik als grundlegende Orientierungshilfe dienen soll? Die Politik soll nach dem 22-Punkte-Katalog der Öffentlichkeit gegenüber Rechenschaft ablegen. Ist das also eine grundlegende Orientierungshilfe für die Politik? Was weiß ein losbasierter Bürgerrat im Vergleich zu einer Bürgerinitiative vor Ort besser und zuverlässiger? – Das wäre erst mal der Anfang.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann ist jetzt Frau Böcker-Giannini dran.

Dr. Nicola Böcker-Giannini (SPD): Vielen Dank! – Entschuldigen Sie meine Verspätung! Ich möchte mich erst mal bei den Anzuhörenden für ihre sehr umfangreiche und sehr ausführliche Darstellung bedanken. Ganz besonders beeindruckt hat mich der Beitrag von Herrn Dr. Vehrkamp, weil ich es noch mal ganz spannend fand zu hören, was die Zufallsauswahl eigentlich genau bedeutet und was die Bürgerräte eigentlich leisten können und was sie eben nicht leisten können. Ich glaube, das ist dabei noch mal ganz gut rübergekommen.

Was mich besonders interessiert, geht auch an die Adresse von Herrn Dr. Vehrkamp. Sie hatten ja schon angedeutet, dass Sie zur Zufallsauswahl gerne noch ein bisschen mehr sagen wollen würden. Das würde mich auch interessieren. Ich würde gerne wissen, wie das organisiert wird. Aus meiner eigenen wissenschaftlichen Historie heraus kenne ich das ganze Thema mit Stichprobenauswahl usw., sodass mich auch in diesem Punkt interessiert, was es eigentlich bedeutet, wenn der Schnitt der Bevölkerung nicht erreicht wird, zum Beispiel in Bezug auf den Bildungsabschluss, wie Herr Wiedmann das gesagt hat. Was heißt das dann für die Beteiligung der Bürgerräte und die Ergebnisse genau? Vielleicht können Sie auch noch mal sagen,

wie viele eigentlich teilnehmen müssen, damit das Ganze sinnvoll ist. Vielleicht kann man dazu auch noch mal ein bisschen was Konkreteres sagen.

An die Adresse von Herrn Wiedmann würde mich noch interessieren, ob Sie irgendwelche Konsequenzen daraus ziehen, dass – ich glaube, Sie haben gesagt – beim Bildungsabschluss das Ziel, das Sie sich gesetzt haben, nicht erreicht wurde. Können Sie noch mal sagen, wie Sie das vielleicht verändern wollen oder wie Sie darauf genau eingehen wollen? Da würde mich auch interessieren, was Sie denn eigentlich mit den Ergebnissen genau machen, was dabei herauskommt und was dann damit genau passiert. Die Frage geht auch an Frau Schöttler. Vielleicht können Sie das für Ihre Einbindung auch noch mal sagen. Da würde mich auch noch interessieren: Sie haben gesagt, dass die Akzeptanz in der Bevölkerung relativ groß war. Vielleicht können Sie noch mal darauf eingehen, wie viele mitgemacht haben, was es genau bedeutet, dass die Zustimmung hoch war und wie diejenigen, die daran teilgenommen haben, ausgewählt wurden – auch per Zufallsauswahl, wie gerade dargestellt? Oder gab es da eine andere Herangehensweise?

Dann würde mich auch bei Ihnen interessieren, welche Themen genau bearbeitet wurden, und vielleicht auch eine Antwort auf die Frage, wie Sie die Bedarfe festgestellt haben – ob es eine Bedarfsanalyse im Vorfeld gab. Das war ja auch das, was hier genannt wurde.

Vielleicht ganz generell die Frage an Sie, Frau Schöttler, aber auch an alle anderen: Welche Themen lassen sich Ihrer Meinung nach mit den Bürgerräten eigentlich bearbeiten? Ist das generell alles, einmal quer durch den Gemüsegarten, oder gibt es da ganz spezifische Dinge, die Sie vielleicht auch ausschließen würden? – So viel vielleicht erst mal von mir. Danke!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Dann ist Frau Radziwill auf der Liste.

Ulker Radziwill (SPD): Vielen Dank auch von meiner Seite für Ihre Anmerkungen! Ich war noch im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Gleichstellung beschäftigt, deswegen habe ich das Eingangsstatement von Frau Schöttler leider nicht mitbekommen können, wohl aber das der anderen drei, weswegen ich erst mal nur in diese Richtung frage. Sie haben uns da ganz wichtige Hinweise gegeben. Ich bin mit den kritischen Hinweisen von dem zweiten Anzuhörenden sehr einverstanden: dass die parlamentarische Demokratie durch diese Instrumente nicht ausgehöhlt werden darf, sie sie aber sehr wohl ergänzen, qualitativ vielleicht verbessern, und dass auch realistische Ansätze sinnvoll sind. Sie hatten zudem gesagt, dass Sie – so habe ich es zumindest verstanden – direkte Demokratie an der Stelle nicht für sinnvoll erachten. Mich würde sehr interessieren, ob die anderen das ähnlich sehen. Ich unterstütze diese Herangehensweise. Ich finde die Aussage, dass es Orte für Demokratie sind, auch sehr wichtig und möchte zu drei wichtigen Hinweisen übergehen, die der dritte Redner uns gab: dass es inklusiv sein soll, dass es nur dann Sinn macht, wenn es Bedarfe gibt, und die Institutionalisierung.

Sie hatten erwähnt, dass Kompetenz in der Zivilgesellschaft, sehr wohl aber auch in der Verwaltung nötig ist. Könnten Sie diese notwendigen Kompetenzen noch mal etwas ausweiten? Welche Kompetenzen werden benötigt?

Dann zum vierten Redner. Er hatte klargemacht, dass es wichtig ist, dass in diesen Bürgerräten die eigene Position überdacht wird und Kompromisse gefunden werden können. Das Finden von Kompromissen ist auch eine wesentliche, wichtige Aufgabe in unserer parlamentarischen Demokratie. Es ist im Kern das Wichtigste, sich unterschiedliche Positionen anzuschauen, auszuhandeln – dieser Prozess. Und das Ganze wird ein Stück weit in diese Bürgerräte verlagert. Welche Begleitung brauchen diese Bürgerräte, um zu Kompromissen zu kommen? Das heißt, wie beeinflussbar sind Bürgerräte, wenn von institutioneller Begleitung gesprochen wird? Wie frei kann dieser Prozess gestaltet werden, oder sind Einflussmöglichkeiten sehr wohl noch vorhanden?

Letzter Punkt – was passiert eigentlich mit den Ergebnissen? Das heißt, wenn eine Verbindlichkeit an diesen Prozess erwartet wird, was wird von den Ergebnissen, die produziert werden, erwartet? Das heißt: Die Bürgerräte wollen sicherlich auch, dass das, was sie erarbeitet haben, in das sie viel Zeit investiert haben, in die Politik übergeht. Bei so großen Themen, wie bei Ihrem Beispiel aus Irland mit den Abtreibungen, ist das nachvollziehbar, aber es gibt ja sicherlich auch Themen, die einen etwas kleineren Umfang haben. Da werden dann vielleicht auch Enttäuschungen produziert. Worauf muss Politik da achten, wie man mit diesen Ergebnissen umgeht? – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann stehe ich jetzt als Abgeordnete auf der Liste.

Dr. Susanna Kahlefeld (GRÜNE): Ich hätte zwei Fragen. Eine richtet sich an Frau Schöttler, und zwar geht es mir um das Verhältnis zwischen den Bürgerinnen- und Bürgerräten und den BVVen. Ich war selber lange im Bezirk und auch in der BVV. Ich weiß, dass es in den BVVen, weil das Ehrenämter sind, eine sehr selektive Angelegenheit ist: Da können nur bestimmte Berufsgruppen rein. Da können nur Leute rein, die sich freinehmen können, um so ein regelmäßiges Amt ausüben zu können. Man ist sehr an die Partei gebunden. Das heißt, die Abwägungsprozesse haben eine ganz klare Grenze dort, wo es um die Interessen des eigenen Bürgermeisters oder der eigenen Stadträtin geht. Man ist da also nicht wirklich frei. Auf der anderen Seite – dadurch, dass es ein Ehrenamt ist, ist meine Erfahrung, dass gerade BVVer und BVVerinnen gegenüber anders organisierter Bürgerinnen- und Bürgerbeteiligung oft sehr empfindlich, um nicht zu sagen auch etwas eifersüchtig, sind, weil sie das im Grunde auch am Feierabend machen, aber in einem viel engeren Korsett als die Bürgerinnen und Bürger, und sie haben auch einen viel weniger breit aufgestellten beruflichen Hintergrund aus den Gründen, die ich gerade genannt habe. Da wollte ich Sie fragen, wie Sie damit umgegangen sind. Die BVVer sagen dann oft: Wieso? Das haben wir doch schon entschieden. Warum kommen jetzt andere daher, und die können an einem Wochenende mal sagen, was sie sinnvoll finden? – Demokratietheoretisch halte ich aber Bürgerinnen- und Bürgerräte so, wie Sie sie gemacht haben, für sehr gut. Wie haben Sie als Bürgermeisterin diese Empfindlichkeiten vermitteln können? Ich denke, das wäre was, was sich auf die Dauer wahrscheinlich auch abschleifen würde.

Eine Frage an Oliver Wiedmann zum Verhältnis zwischen direkter Demokratie, die wir hier

in Berlin jetzt gerade gestärkt haben, und Bürgerinnen- und Bürgerräten. Man sieht ja jetzt bei dem Bürgerinnen- und Bürgerrat Klima, dass beide Instrumente sehr gut zusammenpassen. Vielleicht könnten Sie noch mal ein paar Worte dazu sagen, wie diese beiden Instrumente zusammenstehen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Dann hat sich jetzt Herr Taschner gemeldet.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE): Ich hätte gedacht, Herr Efler ist schneller als ich. Gut! – Ich habe auch eine ganze Reihe geschrieben, will mich aber kurzhalten, weil ohnehin schon so viel gefragt worden ist. Ich gehe die Sache mal chronologisch runter. Deswegen fange ich mit Ihnen, Frau Schöttler, an. Sie haben uns geschildert, dass Sie auch ein bisschen Probleme hatten bei der Zusammensetzung des Bürgerinnen- und Bürgerrates. Herr Wiedmann hat geschildert, dass es in seiner Sache am Schulabschluss lag, den man nicht hinbekommen hat. Vielleicht können Sie noch mal kurz skizzieren, woran es bei Ihnen letztendlich lag und welche Lösungsideen Sie vielleicht dafür haben. Vielleicht haben Sie es auch gesagt: Wie groß waren die einzelnen Bürgerinnen- und Bürgerräte? Ich habe es jedenfalls nicht mitbekommen.

Dann habe ich es so verstanden: Die Bürgerinnen- und Bürgerräte haben eine Empfehlung gegeben. Das ist weitergegangen. Es gab auch ein Feedback wieder zurück Richtung Bürgerinnen- und Bürgerräte und die, die sich eingetragen haben. Das finde ich erst mal sehr positiv. Da würde mich interessieren: Wie intensiv ist das? Gab es auch eine klare Begründung für Dinge, die man nicht aufgenommen hat? Oft fällt das hinten runter, und es verärgert die Leute dann immer, wenn sie einen Punkt nicht finden und nicht wissen, warum der nicht weiterverfolgt worden ist. War es vorgesehen oder könnte es in Zukunft nicht sinnvoll sein, vielleicht noch mal eine zusätzliche Inputschleife an die Bürgerinnen- und Bürgerräte zurückzuspiegeln? Oft ist es in der Kommunikation natürlich ein Problem, dass vielleicht was missverstanden worden ist, und man könnte das klären, wenn das Feedback war, wo man in der Gruppe gedacht hat: So haben wir das aber gar nicht gemeint. – Da könnte man ja noch mal korrigieren.

Ein Punkt, den ich mir bei Ihnen aufgeschrieben habe, der aber eigentlich für fast alle anderen gilt, ist das Stichwort Sprachbarriere. Nicht alle in unserer Stadt und in unserem Land und fast überall auf der Welt sind in der Landessprache immer so fit, dass sie alle mitkommen. Wie können wir es überwinden, dass Leute, deren Muttersprache bei uns eben nicht Deutsch ist, sich an solchen Prozessen beteiligen können? Gab es da schon bei Ihnen Erfahrungen oder auch letztendlich bei allen anderen?

Dann mache ich weiter mit Herrn Vehrkamp. Sie haben gesagt: Ein Bürgerinnen- und Bürgerrat ist aus Ihrer Sicht vor allem dazu da, ein Meinungsbild zu machen. Das verwundert mich, weil ich es immer so verstanden habe – und auch das Beispiel aus Irland zeigt das, zumindest aus meiner Sicht –, dass so ein Bürgerinnen- und Bürgerrat besonders zu einer Konsensbildung führen kann. Wenn sich unüberbrückbare Positionen gegenüberstehen, die sich vielleicht auf politischer Ebene auch verhakt haben, dann mag so ein Bürgerinnen- und Bürgerrat eben fähig sein, eine Art Konsensbildung zu machen. Wie sehen Sie das?

Dann habe ich bei Ihnen rausgehört, dass dieser Bürgerinnen- und Bürgerrat nur einen beratenden Charakter hat. Wenn ich an Planungszellen zurückdenke – ich habe gerade bei Frau Platta dieses Buch liegen sehen und kann mich noch sehr gut daran erinnern aus meiner Zeit

in München, wo wir im sehr kleinen Bereich mit Planungszellen gearbeitet haben –, wurden da auch direkt Entscheidungen getroffen. Das hieß dann nicht Bürgerinnen- und Bürgerrat, sondern irgendwie anders, Ähnlichkeiten gibt es aber dennoch. Gibt es aus Ihrer Sicht Möglichkeiten, wo so ein Bürgerinnen- und Bürgerrat auch wirklich Entscheidungen fällen kann, und zwar verbindliche Entscheidungen? Wenn es allerdings nur das Meinungsbild ist: Wie wichtig sind dann eigentlich die Fragestellungen? Wie gehe ich an die Sache ran? Wir alle kennen das von Meinungsumfragen: Je nachdem, wie die Frage gestellt ist, wie die Frage davor lautet, kann man hier doch auch ganz gezielt gewisse Dinge lenken. Das sollte man ja eigentlich bei Bürgerinnen- und Bürgerräten vermeiden.

An Herrn Vergne gerichtet habe ich mir aufgeschrieben: Soweit ich das mitbekommen habe, war das ja ein nationaler Bürgerinnen- und Bürgerrat. Jetzt ist Frankreich – ähnlich wie Deutschland, und deswegen richtet sich die Frage auch gleichzeitig an Herrn Wiedmann – ein relativ großes Land. Wie kriegen wir es hin, dass wir wirklich einen repräsentativen Charakter haben? Bei Ihnen waren es, glaube ich, 150, Herr Wiedmann, bei Ihnen waren es, glaube ich ein bisschen mehr in der Sache. Das ist aber dennoch für so große Länder relativ wenig. Auch die Sache: Wie sucht man sich Sachen raus? – Herr Wiedmann hat das ja zumindest für Deutschland für Mehr Demokratie schon beschrieben, wie das gemacht worden ist. Aber kann ich da wirklich sicherstellen, dass ich ein Gremium zusammenbekomme, das arbeitsfähig ist, das wirklich die Sache so gut repräsentiert, wie wir das eigentlich wollen? Oder stoßen wir da möglicherweise dann irgendwie an Grenzen? Wenn ich mal von der Planungszelle bis hin zu einem nationalen Bürgerinnen- und Bürgerrat von großen Ländern sehe – Irland hat etwa 5 Millionen Einwohner, das ist verglichen mit Frankreich und Deutschland klein –, gibt es da irgendwo eigentlich eine Grenze?

Dann, Herr Vergne, würde mich interessieren – ich hoffe, Sie haben die anderen Vorträge auch mitbekommen. Herr Vehrkamp hat da sehr stark beschrieben, was er unter Bürgerinnen- und Bürgerrat versteht, was er leisten kann und wo er die Grenzen sieht –: Wie beurteilen Sie das aus Ihrer französischen Sicht heraus?

Zwei Fragen noch an Herrn Wiedmann ganz konkret. Es wurde vorher, glaube ich, auch schon genannt: Wie konkret muss eigentlich so eine Fragestellung sein? Wie allgemein? Wenn Sie sagen, wir haben jetzt als Mehr Demokratie das Thema Demokratie aufgerufen, dann ist das ein sehr breites Thema, während ich zum Beispiel bei einem Klima-Bürgerinnen- und Bürgerrat schon sehr klar auf konkrete Sachen arbeiten kann. Gibt es hier auch noch mal eine Sache, die man bedenken muss?

Und ganz zum Schluss das Thema Corona – das haben Sie ja auch aufgegriffen, und Sie haben ein paar Kommunen genannt, die so was eingerichtet haben. Da frage ich mich: Kann ich so was machen, wo ich so eine extrem hohe Dynamik habe? Wie kriege ich es hin, dass ich dieser Dynamik in so einem Bürgerinnen- und Bürgerrat letztendlich nicht ständig hinterherhechele, weil sich Dinge einfach so schnell ändern? Wir erleben das alle gerade selbst. Wie ist das gewährleistet? Soweit die Fragen von mir. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Dann ist Herr Efler dran.

Dr. Michael Efler (LINKE): Vielen Dank! – Zunächst einmal an Frau Schöttler die Frage nach der Größe der Bürgerinnen- und Bürgerräte, die es bei Ihnen im Bezirk gab. Und dann

sprachen Sie davon, dass Sie möglicherweise weitere Bürgerräte machen wollen. Zu welchen Themen wäre das dann?

An Herrn Vergne noch mal die Frage zum Ursprung des französischen Klima-Bürgerinnen- und Bürgerrates. Soweit ich weiß, hat das einen direkten Bezug zur Gelbwestenbewegung – Sie haben es, glaube ich, ganz kurz angesprochen – und stand im Zusammenhang mit Protesten gegen die Politik von Macron, auch in Bezug auf Preiserhöhung für Mineralöl. Können Sie vielleicht dazu noch mal was sagen? Inwieweit ist es auch gelungen, soziale Gerechtigkeit als ganz wichtiges Kriterium in den Bürgerrat zu den Maßnahmen beim Klimaschutz mit reinzubringen?

Dann noch mal zum französischen Beispiel und der Umsetzung dieses Bürgerrates. Soweit ich gehört und gelesen habe, gibt es doch hier und da so einige Schwierigkeiten damit. Können Sie uns auf einen aktuellen Stand bringen, inwieweit tatsächlich eine Umsetzung erfolgt? Zu einer Frage wird es ja ein Referendum geben, aber die meisten der Empfehlungen müssten parlamentarisch auf den Weg gebracht werden. Wo stehen wir ganz genau?

Herr Vehrkamp hatte auf die Grenzen von Bürgerräten hingewiesen, hat dazu typischerweise das Thema repräsentative Demokratie genannt. Ich will ganz klar sagen: Bürgerinnen- und Bürgerräte haben auch eine andere Grenze, und sie ersetzen in keiner Art und Weise direktdemokratische Verfahren und Entscheidungen. Dazu hatte auch Frau Kahlefeld schon eine Frage gestellt. Das sieht möglicherweise der Koalitionspartner anders. Er hat mich jetzt ein bisschen gewundert, der Beitrag von Frau Radziwill. Aber insbesondere, wenn man nach Irland schaut, sieht man ganz eindeutig, wie es dort gelungen ist, gerade durch das Zusammenspiel von Bürgerrat und Volksabstimmung zu einer wirklich wegweisenden neuen Entscheidung zu kommen, die gesellschaftlich auch mittlerweile Akzeptanz findet. Ich glaube, dass man nicht unterschätzen sollte – gerade in Berlin, wo wir ja zum Glück diese Instrumente haben –, dass dadurch natürlich automatisch ein Schutz von Bürgerratsergebnissen sehr viel höher ist. Dazu können aber gerne auch noch mal alle Anzuhörenden, wenn sie möchten, Stellung beziehen. Wie gesagt, in Frankreich wird es ja auch noch eine Abstimmung geben.

Ich habe noch zwei Fragen an Herrn Wiedmann. Zum einen: Sie haben das Thema der Auswahl von Expertinnen und Experten als besonders wichtig dargestellt. Wer genau entscheidet aber eigentlich über die Auswahl der Expertinnen und Experten und auch über die Ausgewogenheit? Es ist, glaube ich, eine ganz schöne Krux, das auch wirklich so hinzukriegen, dass alle damit einverstanden sind.

Die letzte Frage: Was mich so ein bisschen an Bürgerbeteiligungsverfahren herkömmlicher Art und Weise stört, das ist, dass sie doch in aller Regel von oben – in Anführungsstrichen –, also vor allem durch Regierung oder Verwaltung, eingesetzt sind. Gibt es nicht auch die Möglichkeit, dass Bürgerräte auch durch z. B. direktdemokratische Verfahren oder Unterschriftensammlungen, durch ein bestimmtes Quorum, quasi von unten – auch wiederum in Anführungsstrichen – eingesetzt werden? Wäre das nicht eine Möglichkeit, die Tatsache, dass es so einen Bürgerrat gibt, vom Staat abzukoppeln und in die Hände der Bürgerinnen und Bürger zu legen?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Dann ist Frau Platta dran.

Marion Platta (LINKE): Vielen Dank erst mal auch von mir an all die Anzuhörenden! Es ist ja wirklich ein spannendes Thema. Ich selbst habe mich tatsächlich, wie mein Nachbar schon sagte, mit den Planungszellen in den Neunzigerjahren beschäftigt, weil wir ein dringendes Bedürfnis hatten, bei uns im Kiez einen Sportplatz zu erhalten und nicht bebauen zu lassen. Daraus ist ein Bürgergutachten entstanden, was im Bezirk dann auch Grundlage war, weiter Planungsmittel und -instrumente zu erarbeiten. In der Hinsicht: Meine ersten Erfahrungen lagen in den Neunzigerjahren, und wir haben eigentlich auch positive Erfahrungen damit machen können.

Deswegen möchte ich gerne Frau Schöttler fragen: Ihre Bürgerräte tagten immer nur andert-halb Tage – war das von Anfang an vorgesehen, dass sie nur ein Wochenende zusammenkommen, und wenn ja, wie war die Resonanz bei den Bürgerinnen und Bürgern, als es dann zu Ende gegangen ist? Gab es nicht doch irgendwie das Bedürfnis, in dieser Gruppe weiterzuarbeiten und vielleicht auch noch in dieser vorhandenen Gruppe an anderen Themen arbeiten zu wollen?

Sie haben auch ganz genau geschildert, dass es wichtig ist, dass genügend Personal und Geldmittel in der Verwaltung vorhanden sein müssen. Leider haben Sie keine Zahlen dazu genannt, deshalb würde mich noch interessieren, in welcher Größenordnung Sie geplant haben. Was ist am Ende dabei herausgekommen? Wie müsste man so eine institutionelle Struktur aufbauen, die letztendlich diese Aufgabe Betreuung und Begleitung der Bürgerräte innerhalb der Bezirke durchführen kann? Das würde mich aus Ihren Erfahrungen her interessieren.

Bei Herrn Vehrkamp würde ich noch fragen wollen: Sie haben sehr viel zu dem Zufallsprinzip gesagt. Allerdings habe ich jetzt nicht herausgehört, wie Sie feststellen, ob die Menschen, die sich daran beteiligen, nicht doch in irgendwelchen Strukturen schon mal Erfahrungen gesammelt haben, sei es in Parteien oder in Organisationen bis hin zu Bürgerinitiativen usw. und so fort. Ich habe nicht gehört, ob Sie das auch abfragen – zusätzlich zu den Dingen, die Sie zur persönlichen Situation der Menschen schon abgefragt haben.

Bei Herrn Wiedmann interessiert mich noch: In Ihren zusätzlichen Materialien stand, in dem Losverfahren sind über 4 300 Menschen angeschrieben worden. Davon haben sich 250 zurückgemeldet, und ausgewählt worden sind 160 für diesen ersten Bürgerrat in der Bundesrepublik. Mich würde interessieren, wie Sie das einschätzen – gab es bei diesen, die sich gemeldet haben und dann nicht ausgewählt wurden, irgendeine Reaktion? Waren die enttäuscht darüber, dass sie sich durchgerungen hatten, daran teilzunehmen und am Ende nicht ausgewählt wurden? Wie war da möglicherweise die Reaktion?

Sie haben jetzt auch in Ihrem Schreiben eine Einschätzung gegeben, dass pro Teilnehmer und Wochenende 600 bis 1 000 Euro nötig wären, wenn man so was auch für Berlin durchführt. Wie setzt sich diese Größenordnung zusammen? Das war mein Fragenkomplex. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Dann Herr Schlömer, bitte!

Bernd Schlömer (FDP): Es ist kaum möglich, noch Fragen zu stellen, aber ich kann Sie beruhigen: Ich habe noch Fragen. Manche sind vielleicht redundant; da bitte ich um Verzeihung. Vielen Dank an die vier Anzuhörenden für Ihre Expertise, die Sie uns heute vermittelt haben!

Ich versuche es mal ganz kurz darzustellen. Die erste Frage wäre an alle: Sind Bürgerräte ein additives Modell für Dialogverfahren oder Bürgerbeteiligung, oder sollen sie sie ersetzen? Dazu hätte ich gerne eine kurze Einschätzung von Ihnen.

Dann würde ich gerne wissen: Welche Möglichkeiten der digitalen Durchführung gibt es bei dem Instrument der Bürgerräte? Mich würde interessieren, wie zum einen eine neutrale, unabhängige Informationsversorgung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer in Bürgerräten gewährleistet werden kann und wer die zu klärenden Sachverhalte so abstrahiert, dass sie von jedem zu verstehen sind. Es ist die Frage der Auswahl von Expertinnen und Experten, die schon angeklungen ist. Das ist aus meiner Sicht ein Schlüsselfaktor.

Des Weiteren eine Frage, die bei Frau Schöttler auch anklang – die Frage der Stichprobenziehung. Da ist die Frage: Wenn man bestimmte Quotenauswahlen durchführt – das hatte Frau Schöttler gesagt –, ergeben sich aus meiner Sicht methodische Bias-Fehler, also Verzerrungen. Überrepräsentanzen können entstehen. Deshalb die Frage, auch an die vier Experten, glaube ich, wie EDW das formuliert hat: Ist eine Stichprobenziehung gesetzlich zu fixieren? Da würde ich um ein kurzes Votum bitten.

Frau Schöttler würde ich gerne fragen, ob ein Bürgerrat als Instrument des Kiezes oder der Ortsebene – das hatten Sie in Ihrem Referat gesagt – das beste Verfahren ist. Eine Mitbestimmung des sozialen Nahraums ist ja das, was zumindest in meiner Philosophie am zielgerchtesten ist. Würden Sie deshalb empfehlen, Bürgerräte beispielsweise nur in Kiezen zu machen – das wäre ein sehr interessantes Instrument – anstatt immer auf Bezirksebene? Wenn ich meinen Bezirk nehme: Friedrichshain ist nicht so betroffen von Dingen, die in Kreuzberg geschehen, und deshalb ist die Kiezorientierung aus meiner Sicht sehr hilfreich.

Dann: Wie lange dauern Bürgerräte zeitlich? Das wurde zum Teil schon gesagt. – Ich hatte eine letzte Frage, die auch noch keiner gestellt hat, aber die habe ich jetzt vergessen. Da bitte ich um Entschuldigung. – Vielen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Okay. Dann habe ich noch eine kurze Nachfrage von Frau Radziwill, und dann würde ich aber erst mal abschließen, damit überhaupt noch eine Beantwortung möglich ist.

Ulker Radziwill (SPD): Vielen Dank! – Ich will noch mal zwei Fragen stellen, einmal: Bei den Bürgerräten in Kiezen, anknüpfend an das, was mein Vorredner gerade gesagt hat und wahrscheinlich Frau Schöttler hier auch gesagt hat: Kann man zum Beispiel bei lokalen Themen in Gebieten, wo vielleicht die Wahlbeteiligung nicht so hoch ist, wo vielleicht auch die Anzahl der Menschen mit einer bestimmten Sprachherkunft höher ist, Bürgerräte auch in deren Muttersprache organisieren, sodass die Sprache nicht die Hürde ist, sondern die Message ist, miteinander zu reden bzw. deren Expertise reinzuholen und sich anzuhören? Kann das nicht auch ein Weg für Berlin sein?

An den dritten Redner die Frage: Gibt es ähnliche Erfahrungen vielleicht auch in den Pariser Banlieues? Möglicherweise wird das ja dort getestet. Das würde mich sehr interessieren. Ich glaube schon, dass das ein guter Weg sein kann.

Und dann möchte ich noch mal die Frage stellen: Bildung – was müssen die Menschen an Bildung mitbringen? Diese Frage wurde vorhin erörtert. Wie wichtig ist der Aspekt Bildung, und kann man das für die, die vielleicht nicht so einen hohen Bildungsstatus haben, so organisieren, dass sie mitkommen können?

Abschließend an die Senatsverwaltung zwei kurze Nachfragen: Die BerlinStrategie wird jetzt ja im Roten Rathaus erarbeitet. Dort sind auch Bürger und Bürgerinnen eingebunden und, ich glaube, auch sozusagen gewählt. Ist das so etwas Ähnliches vom Format her?

Letzte Frage: Kann die Plattform meinBerlin bei bestimmten Verfahren zur Beteiligung von Bürgerräten noch erweitert werden?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Ich würde gerne eine Beantwortungsrunde möglich machen. Frau Demirbüken-Wegner hat sich jetzt noch gemeldet. Wunderbar, wenn Sie das ganz kurz hinbekommen! Prima!

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): An Herrn Wiedmann und Herrn Dr. Vehrkamp ganz kurz die Frage – mich beschäftigt noch immer die Unabhängigkeit dieser Bürgerräte. Herr Wiedmann hatte das Beispiel Baden-Württemberg angegeben. Da gibt es, durch das Staatsministerium eingesetzt, eine Staatsrätin für Zivilgesellschaft und Bürgerbeteiligung. Das ist dort angesiedelt. Ist das zu verstehen unter Unabhängigkeit? Das würde mich interessieren, und Ihr 22-Punkte-Katalog: Wie viele Punkte könnten für Berlin gelten?

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Okay. Dann kommen wir jetzt zur Beantwortungsrunde, und wir machen das in umgekehrter Reihenfolge. Das heißt, Oliver Wiedmann kann beginnen.

Oliver Wiedmann (Mehr Demokratie e. V.) [zugeschaltet]: Ich bedanke mich für die Fragen! Ich fange einfach mal chronologisch an, von oben; das sind ja eine ganze Reihe von Fragen. Zu den Rollen und zur Frage der Unabhängigkeit – ich glaube, man muss unterscheiden zwischen Auftraggeber und denen, die das durchführen. Das ist ganz wichtig, und das darf sich nicht vermischen. Auftraggeber sollte sogar die öffentliche Hand sein, würde ich sagen. Wenn es um politische Entscheidungen geht, die nachher wieder zurück ins Parlament gehen, dann wäre es natürlich sinnvoll, dass es auch einen öffentlichen Auftraggeber gibt. Erfahrungsgemäß läuft das dann aber so – und das ist zum Beispiel die Rolle von Herrn Vergne –, dass das abgegeben wird an Institute, Organisationen, die das professionell machen, die tatsächlich an dem Thema erst mal kein Interesse haben. Also, an dem Thema haben Sie schon Interesse, aber eben keine Position zu dem Thema – das ist wichtig, und da ist der öffentliche Auftraggeber schon in gewisser Weise befangen. Der sollte es dann eben nicht selbst durchführen.

Dann – Demokratiemüdigkeit wurde angestoßen. Ich springe jetzt einfach hin und her. Ich würde schon sagen, dass das ein Mittel gegen Demokratiemüdigkeit ist. Ich erlebe es zumindest in den letzten zwei, drei Jahren so, wie allein in den Medien über Bürgerräte berichtet wird. Allein das motiviert schon die Menschen. Ich habe das Gefühl, das gibt den Menschen – oder vielen bzw. einigen, die sich vielleicht ein Stück weit aus dem demokratischen System entfernt haben – doch wieder ein Stück weit Hoffnung, und das aktiviert.

Was die Bürgerräte selbst angeht, also die, die teilnehmen: Bei denen findet definitiv ein Aktivierungsprozess statt. Bei uns war es so: Die 160 Menschen, die teilgenommen haben – ich würde mal sagen, ein Drittel bis die Hälfte ist nach dem Bürgerrat losgelaufen und hat Termine mit ihren Wahlkreisabgeordneten gemacht, um ihnen die Ergebnisse vorzustellen. Ich glaube, beim Klimabürgerrat in Frankreich war es noch viel stärker. Sie sind zu kleinen Lobbyisten geworden, kann man sagen, die sich ein Stück weit dadurch professionalisiert haben. Es gibt mittlerweile auch eine Studie in der Schweiz. Dort wird nämlich mit der Kombination direkte Demokratie und Losverfahren experimentiert. In der Schweiz wird zum Beispiel vor der Abstimmung – in einem Kanton war das, glaube ich – in einem ausgelosten Gremium die Abstimmungsvorlage noch mal diskutiert und aufbereitet. Das gibt es auch in den USA: in Oregon und in Colorado. Dieses Aufbereiten der Abstimmungsvorlage hat tatsächlich dazu geführt, dass auch die Abstimmungsbeteiligung gestiegen ist, weil der Text für die Abstimmenden einfach deutlich attraktiver und ansprechender geworden ist.

Parallelstruktur – ich glaube, das will hier niemand. Es geht nicht um eine Parallelstruktur. Es geht nicht um das Ersetzen der direkten Demokratie oder der repräsentativen Demokratie. Es ist immer klar, dass Bürgerräte ein zusätzliches Mittel sind, den Prozess qualifizieren können, anderen Perspektiven bringen können – aber das geht tatsächlich in beiden Verfahren. Im direktdemokratischen Verfahren, würde ich sagen, ist es noch nicht so erprobt. Da sind wir, glaube ich, noch ganz am Anfang. Aber im parlamentarischen Verfahren ist es auch natürlich nur eine Ergänzung.

Dann gesetzliche Regelungen – es geht, glaube ich, weniger um gesetzliche Regelung, sondern es geht darum, diese Verfahren in irgendeiner Form ein Stück weit zu institutionalisieren. Es darf aber auch nicht zu eng werden. Es muss schon auch Spielraum bleiben, sodass diejenigen, die einen Bürgerrat durchführen, auch gucken können: Welches Verfahren macht denn jetzt hier Sinn? Wie wählen wir denn aus, in welchem Umfang? Welche Kriterien nehmen wir eigentlich für die Losauswahl?

All das sind Fragen – die sind ja variabel, und so was darf eigentlich gar nicht festgelegt werden. Ich würde eher sagen, was festgelegt werden muss, ist zum Beispiel: Was passiert mit den Ergebnissen eigentlich? –, und das nicht im Sinne von Verbindlichkeit der Ergebnisse, sondern von Verfahrensverbindlichkeit. Das heißt: Kriegen zum Beispiel Bürgerräte ein Anhörungsrecht in den zuständigen Ausschüssen? – Das würde ich bejahen. Nach einem Bürgerrat geht das Ganze zurück ins Parlament, wenn das Parlament auch Auftraggeber ist, und dadurch können die Bürger noch mal angehört werden. Wird zum Beispiel eine gewisse Frist festgelegt, in der die Regierung dazu Stellung nehmen muss? – Ich würde auch sagen, dass man das regeln soll, damit das Ganze eben nicht in der Schublade verschwindet.

Bürgerinitiativen – wird denen nicht so ein bisschen das Wasser abgegraben? Das habe ich schon häufiger gehört. Ich glaube, man sollte die Art der Beteiligung, sei es in einem Bürgerrat oder in einer Bürgerinitiative, nicht gegeneinander ausspielen. Bürgerinitiativen behalten natürlich weiterhin ihre Rolle und kämpfen für ihre Themen. Das ist natürlich auch ganz wichtig. Bürgerinitiativen könnten zum Beispiel auch in einen Bürgerrat eingebunden werden, indem sie dort als Experten auftreten und zum Beispiel eine Seite darstellen. Was wir zum Beispiel gemacht haben: Wir haben vor dem Bürgerrat, also eigentlich vor dem Losverfahren, immer Agenda-Setting-Phasen gehabt, und da waren Bürgerinitiativen oder überhaupt die Zivilgesellschaft immer eingebunden. Dabei ging es darum, erst mal zu erarbeiten – dann vielleicht auch mit interessierten Fachkreisen –: Welche Fragen stellen wir am Ende eigentlich den Bürgern im Bürgerrat? Das lässt sich natürlich auch gemeinsam mit der Zivilgesellschaft machen.

Ein Schritt wieder zurück, zur Institutionalisierung – es wurde schon angesprochen. Was uns vorschwebt, ist tatsächlich so etwas wie in Baden-Württemberg: eine Art Stabsstelle, die das Verfahren oder den Rahmen organisiert, sage ich mal. Wir haben in Berlin mittlerweile eine Anlaufstelle für Bürgerbeteiligung und einen Beteiligungsbeirat, und wir haben uns auch Leitlinien zur Bürgerbeteiligung gegeben. Die setzen allerdings nur bei der räumlichen Stadtentwicklung an. Das müsste dann natürlich mal ausgeweitet und vielleicht auch perspektivisch dann eher bei der Senatskanzlei angesiedelt werden.

Zu Bildungsabschlüssen – das ist tatsächlich so ein bisschen die Königsdisziplin in der Bürgerbeteiligung, glaube ich: Wie bekommt man es hin, einen guten Schnitt bei den Bildungsabschlüssen hinzubekommen? – Ich glaube, da gibt es viele Methoden. In Frankreich wurde, glaube ich, viel mit Telefon gearbeitet. Was man natürlich auch machen kann, ist: Wenn der Schnitt nicht stimmt, dann müssen eben weitere Kreise angeschrieben werden. Man muss dann einfach die Anzahl der Briefe vielleicht verdoppeln, vielleicht sogar verdreifachen. Das ist allerdings auch eine Kostenfrage, das muss man auch sagen. Was man natürlich auch machen kann, ist: Man kann natürlich auch Menschen zu Hause besuchen. Stichwort: aufsuchende Bürgerbeteiligung. Das ist möglich, und das wird auch teilweise gemacht. Ich kenne es auch aus Baden-Württemberg, dass das teilweise gemacht wird, und auch zum Beispiel in Brandenburg kenne ich Fälle, wo mit aufsuchender Bürgerbeteiligung gearbeitet wird. Das hebt den Schnitt auch an. Was natürlich total hilfreich ist: eine Aufwandsentschädigung zu zahlen. Das haben wir auch gemacht. Wir haben – da muss ich gerade mal nachdenken –, ich glaube, den Menschen 75 Euro pro Sitzungstag bezahlt, und das wirkt sich tatsächlich auch auf die Beteiligung aus.

Dann würde ich gerne noch was zum Verhältnis von direkter Demokratie und Bürgerräten sagen, weil das jetzt mehrfach angeklungen ist. Ich glaube, einen Schritt haben wir in Berlin schon, und der wird am Mittwoch vollzogen, nämlich die Volksinitiative zum Klimabürgerrat, die am Mittwoch dem Abgeordnetenhaus übergeben wird. Das ist genauso eine Kombination. Wir haben das Instrument der Volksinitiative in Berlin. Das ist ein Agenda-Setting-Instrument; 20 000 Unterschriften müssen gesammelt werden, um das Abgeordnetenhaus mit einer bestimmten Frage zu befassen, und diese Frage kann natürlich auch ein Bürgerrat sein, also eine Aufforderung an das Abgeordnetenhaus, einen Bürgerrat einzusetzen.

Ich glaube aber trotzdem, dass das Abgeordnetenhaus weiterhin den Finger darauf haben muss. Erstens: Die 20 000 Unterschriften legitimieren ja nicht die Initiative, diesen Bürgerrat durchzuführen, sondern das Abgeordnetenhaus ist durch die Wahl legitimiert zu entscheiden: Machen wir das, machen wir das nicht? Setzen wir Mittel dafür ein, setzen wir keine Mittel dafür ein? Das heißt, die Legitimation liegt beim Abgeordnetenhaus, und das muss, glaube ich, auch so bleiben. Ich glaube, es ist auch ein bisschen schwierig, ein Beteiligungsverfahren verbindlich per Unterschriftensammlung einzuleiten, weil es bei Beteiligungsverfahren total wichtig ist, dass Politik und Verwaltung auch ein Stück weit mitziehen. Ich kann das nicht gegen deren Willen durchsetzen.

Was noch denkbar ist – eins habe ich schon gesagt –, ist, dass man vor einem Volksentscheid noch mal die Abstimmungsvorlagen durch ein losbasiertes Gremium aufbereitet. Was natürlich auch denkbar ist – und ich glaube, da sind wir tatsächlich noch am Anfang –, ist, dass ein Volksbegehren zum Beispiel nach der ersten Stufe die Unterschriften abgibt und das Abgeordnetenhaus dann einen Bürgerrat zum gleichen Thema organisiert. Das sollte jetzt nicht zwingend dazu führen, dass dann das Volksbegehren gestoppt wird; die Initiatoren müssen selber entscheiden, was sie damit machen. Also, die Verfahrenshoheit beim Volksbegehren muss bei den Initiatoren bleiben, aber denkbar wäre natürlich, dass auch die Initiatoren sagen: Mensch, warten wir doch mal ab, was in einem Bürgerrat eigentlich beraten wird! Was ist denn überhaupt mehrheitsfähig in Berlin? Möglicherweise können wir das ja noch in unsere Position integrieren. – Das geht bei direkter Demokratie tatsächlich nach der ersten Stufe. Auch jetzt, wo das Abstimmungsgesetz geändert wurde, können Initiatoren ihr Volksbegehrensgesetz tatsächlich auch noch mal etwas stärker anpassen.

Was haben wir noch? – Zum Thema Repräsentation vielleicht noch mal: Ich glaube nicht, dass Bürgerräte es schaffen, tatsächlich haargenau die Bevölkerung zu repräsentieren. Das ist auch nicht deren Aufgabe. Ich glaube, es geht eher darum, dass die verschiedenen Perspektiven auf ein Thema auf den Tisch kommen und mit am Tisch sitzen. Das ist bisher nicht der Fall. Wir haben doch sehr exklusive Parlamente, das muss man einfach so sehen. Natürlich versuchen Abgeordnete auch, möglichst viele Perspektiven aufzunehmen, aber ich glaube, dass durch Bürgerräte – wenn man auch mit dem Bildungsabschluss gut ist – noch mal ganz andere Sichtweisen auf den Tisch kommen.

Zu Corona hatte ich noch eine Frage: Wie ist das mit der Dynamik? Ändert sich das nicht alles viel zu schnell? Jede Woche gibt es irgendwie neue Regelungen, Verordnungen. – Die Frage ist ein bisschen, welche Frage man den Beiräten, die in Augsburg und in Baden-Württemberg eingerichtet wurden bzw. werden, stellt. Ich glaube auch, dass man da nicht zu viel erwarten kann. In Augsburg wird es zum Beispiel so sein, dass die monatlich tagen und so eben auch die Möglichkeit haben, das dynamische Geschehen zu begleiten. Das Ganze soll

ein Jahr lang erfolgen. Was natürlich auch denkbar ist, wäre, dass man einen Bürgerrat erst nach dem Ende der Pandemie einsetzt, um noch mal zu schauen: Wie war es denn jetzt mit den Maßnahmen? Was hat denn was gebracht? Was nicht? Wie ist das in der Bevölkerung angekommen? Das wäre vielleicht noch etwas, was man im Nachgang machen könnte.

Dann noch eine Sache zu den Kosten: Ich kann jetzt nicht im Detail sagen, wie sich die Kosten zusammensetzen. Es hängt natürlich sehr stark davon ab, wie umfangreich man das Verfahren organisiert. Wenn man ein bundesweites Verfahren macht, dann hat man natürlich die ganzen Fahrkosten, man muss die Hotelunterbringung, mögliche Einnahmeausfälle, Kinderbetreuung finanzieren. Dann muss man natürlich die ganzen Räumlichkeiten mieten, die auch nicht ganz günstig sind. Wir haben noch eine relativ umfangreiche Agenda-Setting-Phase vorangeschaltet. Das war noch mal ein ganz eigenes Beteiligungsverfahren. Das kostet natürlich auch Geld, und am Ende haben wir auch die Empfehlungen übergeben – das auch noch mal im Rahmen einer Veranstaltung. Da kommen schon relativ viele Kosten zusammen. In Berlin ist es so: Da fällt natürlich einiges weg. Wir haben die Fahrtkosten nicht, wir haben keine Unterbringung. Ich glaube, da kommen wir deutlich günstiger bei weg.

Zum Digitalen: Tatsächlich ist es so, dass wir unseren jetzt zweiten Bürgerrat zu Deutschlands Rolle in der Welt komplett digital durchführen werden. Das ist für uns teilweise auch Neuland, aber ich glaube, das ist auch eine gute Möglichkeit, um mal auszuprobieren, wie das funktioniert. Ich habe in meinem Statement eingangs gesagt, dass der neue Bürgerrat zum einen natürlich inhaltlich Orientierung geben soll, aber er soll auch das Verfahren für den Bundestag weiter erforschen. Jetzt haben wir im letzten Jahr einen Präsenzbürgerrat gemacht, und jetzt machen wir im nächsten Jahr einen digitalen, und dann schauen wir mal, wie gut das funktioniert. Die Prozessdurchführer, mit denen wir zusammenarbeiten, machen zum Beispiel auch Planungszellen digital. Das machen sie schon seit einigen Monaten, und die sagen uns immer, das funktioniert ziemlich gut. – Soweit!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – Wir müssten eigentlich um 14.20 Uhr die nächste Lüftungspause machen. Ich würde deswegen darum bitten – auch wenn so viele Fragen gekommen sind – zu versuchen, knapp zu antworten, nehme aber Herrn Vergne jetzt noch für die Beantwortung dran.

Antoine Vergne (Missions Publiques) [zugeschaltet]: Vielen Dank! – Vielleicht zur Aussprache: „Vernje“ sagt man auf Französisch, aber ich bin seit Langem in Deutschland, alles ist mir recht. Antoine geht auch gut. Ich habe kein Problem damit.

Es sind echt viele Fragen. Viele der Fragen sind noch offen, und das wäre meine erste Antwort: Was wir gerade machen, Sie und wir und die Leute, die in dem Bereich arbeiten, ist, die Demokratie im 21. Jahrhundert zu erfinden. Wir sind gerade dabei. Deswegen sind viele Fragen, die wir uns auch selber stellen, Fragen, die wir versuchen zu beantworten durch Experimentieren, Implementieren, Evaluieren und Verstehen. Das heißt, viele Fragen stellen wir uns auch, und wir versuchen, Antworten zu finden. Daher finde ich das auch so spannend, weil es gerade hier in dieser Diskussion darum geht, diese Modelle, diese Praxis der Demokratie für die Zukunft zu schmieden und vorzubereiten. Deswegen ist es auch so schön und wichtig, diese Diskussion mit Ihnen zu haben

Ich habe versucht, die Antworten in fünf Kategorien einzuteilen, von der kleineren, präziseren zu breiteren. Es gibt Fragen der Methodologie, Fragen der Methode, Fragen der Demokratietheorie, Fragen der Kultur und am Ende Fragen zum Klimarat in Frankreich und ein paar Antworten dazu.

Zu Methodologie, das ist die konkretere Ebene, habe ich notiert: Aufwandsentschädigung. Wir in Frankreich haben das an den Schöffenbezahlungen ausgerichtet. Das sind 68 Euro pro Tag, und das ist eine ganz gute Marke, weil die Leute das kennen. Die Verwaltung kennt das, und das ist ein System, was schon existiert. Das funktioniert ziemlich gut. Was wir von der Aufwandsentschädigung wissen: Sie ermöglicht, die niedrigeren Bildungsniveaus und die höheren Bildungsniveaus zu erreichen. Warum? – Weil es für die niedrigeren natürlich eine finanzielle Verbesserung ist. Für die reicheren ist es oft die Tatsache, dass man die Arbeit, die sie leisten, ernst nimmt. Eine Aufwandsentschädigung ist also wichtig für beide Seiten.

Digitale Durchführung – wir haben tatsächlich sehr gute Erfahrungen seit Februar gemacht. Gerade im Moment findet in der Stadt Nantes ein Bürgerrat zu Post-Covid statt. Der ist ganz online, und das funktioniert sehr gut. Man muss aber das Format vom Arbeitsrhythmus und wie man das konkret macht ein bisschen anpassen, aber im Prinzip funktioniert es. Die Rekrutierung hat auch gut funktioniert.

Zur Informationsversorgung gab es ein paar Fragen. Wir sehen das doppelt. Es gibt die neutrale Informationsversorgung. Die finden wir am besten, wenn wir die mit den Stakeholdern vorbereiten und fragen: Seid ihr alle einverstanden, dass das die richtigen Fragen und die richtigen Optionen sind, die man diskutieren soll? – Es erfordert Arbeit im Voraus, wenn wir mit neutralen Informationen arbeiten wollen, wo wir mit Stakeholdern und Interessenvertretern vorab arbeiten, um diese Informationsgrundlage an die Teilnehmenden zu geben. Es gibt aber auch die kontradiktorische oder die eher direkte Informationsversorgung durch Interessenvertreter, wie Oliver vorhin meinte. Dazu passen natürlich auch die Bürgerinitiativen, also Experten, aber auch Interessenvertreter, und das ist sozusagen Informationsversorgung direkt von den Interessenvertretern. Es ist dann aber sehr wichtig, dass die ausbalanciert ist und dass man da niemanden vergisst.

Über Methodologie – die Auswahl der Experten ist auch eine Frage. Was wir jetzt oft machen: Wir haben in solchen Verfahren ein Steuerungskomitee, wo wir nicht nur den Auftraggeber, sondern auch die verschiedenen Interessenvertreter dabei haben, die diskutieren, welche Experten am Anfang kommen könnten, aber dann geht die Verantwortlichkeit in den Bürgerrat selber. Das heißt, die Bürger und Bürgerinnen entscheiden auch mit, wen sie anhören wollen, und das gibt ihnen auch die Möglichkeit, andere Experten zu hören.

Zur Methodologie hatte ich noch die Sprachbarriere notiert, eine sehr interessante Frage. Ich weiß, dass die Bertelsmann Stiftung gerade im Moment sehr viel damit experimentiert. Da werden wir bestimmt auch eine Antwort haben, aber was wir machen: Wir haben zum Beispiel gerade eben in 72 Ländern der Welt einen globalen Bürgerdialog zur Zukunft des Internets umgesetzt. In all diesen Ländern der Welt hat der Bürgerdialog auf der lokalen Sprache stattgefunden. Wir haben dann die Materialien und das Protokoll zentral auf Englisch produziert, und jeder von unseren Partnern in dem Land hat das in die lokale Sprache übersetzt. Das heißt, es gibt einen dezentralen Aspekt mit mehreren Sprachen. Das kann man sehr gut machen. Man könnte sich zum Beispiel überlegen: Es gibt in Berlin einen Tisch mit Leuten, die

türkisch oder andere Sprachen sprechen. Das ist aber ein Problem in einer lokalen Bürgerbeteiligung, das diese Durchmischung schwieriger macht. Dafür haben wir Erfahrungen mit Übersetzung gemacht. Da muss man auch das Protokoll ein bisschen anpassen, aber das passt. – Zu Methodologie, glaube ich, sind das die Fragen.

Zu den Methoden – Methode ist für mich: Was ist ein Bürgerrat als Teil der größeren Bürgerbeteiligung? Das ist sozusagen die Frage zurück: Was ist ein Bürgerrat, und was ist er nicht? Und dafür muss man wieder im Kopf behalten: Der Bürgerrat ist ein Tool der Bürgerbeteiligung. Es gibt natürlich Bürgerhaushalte und vieles andere. Was ist dann ein Bürgerrat? Was ist speziell? – Speziell ist meinem Eindruck nach: Sie tendieren dazu, breitere Themen zu behandeln – also weniger Stadtplanung, mehr Klimaplan, zum Beispiel –, sie tendieren dazu, länger zu sein, sodass es nicht zwei bis vier Tage, sondern vielleicht vier bis sechs Wochenenden sind, und sie tendieren dazu, politisch verbindlicher zu sein. Das ist aber eine Entwicklung der Methode. Es ist an sich nichts komplett anderes, aber für mich ist es das, wie der Bürgerrat sich in die Methoden einordnet.

Dann zur Frage der Demokratietheorie. Ich glaube, die größte Frage hier – und die wurde von vielen angesprochen –, ist die Frage: Was ist politische Repräsentation? – Ich finde, das ist vielleicht die spannendste Frage, weil wir alle daran arbeiten. Viele Studien zeigen, dass die Akzeptanz von Ergebnissen von Bürgerräten sehr hoch ist und dass Menschen, die nicht Teil des Bürgerrats waren, das als sehr legitim empfinden, was die anderen Bürgerinnen und Bürger gemacht haben. Das heißt, da ist auf jeden Fall Legitimitätstheoretisch eine hohe Legitimität.

Die Frage der statistischen repräsentativen Stichprobe – wir machen nie eine statistisch repräsentative Stichprobe. Dafür bräuchte man 600 bis 1 200 Menschen. Das machen wir nicht. Was wir machen, ist eine vielfältige Zusammensetzung plus kollektive Intelligenz – es ist ein Prozess der Diskussion, wo Leute miteinander sprechen –, plus Anhörung – das heißt, es ist ein Informationsprozess, wo die Leute die Informationen, diese Fakten auch zur Kenntnis nehmen –, plus Zeit. Also, das ist wirklich plus, plus, plus! Und dann hat man am Ende irgendwas Neues, irgendwas, was man sonst nicht hat, selbst wenn die Probe nicht komplett repräsentativ ist. Wir wissen von vielen Prozessen: Selbst wenn am Tisch niemand von niedrigerem Bildungsniveau sitzen wird, gibt es die Möglichkeit, diese Sicht einzubringen – durch die Methode, die Methodologie, aber auch die Menschen. Die kennen ihre Geschwister, die kennen jemanden, der in dieser Lage ist. Das erreicht man sozusagen durch einen Proxy.

Das Dritte zur Repräsentation war das Verhältnis zur direkten und repräsentativen Demokratie. Ich glaube, da sind wir wirklich am Ausprobieren. Alle Formen, die Oliver gezeigt hat: Wann schaltet man ein deliberatives Verfahren neben ein direktdemokratisches Verfahren? – Das ist superspannend, und ich glaube, da gibt es viele Möglichkeiten, aber das würde ich von dem Ziel abhängig machen, also: Was wollen wir mit dieser Bürgerbeteiligung oder mit diesem Bürgerrat erreichen? Dann versteht man am besten, wo der angesiedelt werden soll – eher am Anfang oder eher am Ende von dem Prozess.

Zur Demokratietheorie gab es auch die Frage der Infrastruktur. Viele haben Fragen zum Losverfahren gestellt. Ich glaube, die Frage von Infrastruktur ist sehr wichtig. Wir wissen, wie eine Wahl funktioniert. Wir haben einen Wahlleiter, eine Wahlleiterin, es gibt ein Budget für Wahlen, es gibt einen Zyklus dafür, es gibt Kompetenzen in der Verwaltung für Wahlen. Das

ist auch die Frage der Kompetenz. Für Losverfahren gibt es das noch nicht. Das ist etwas, was man aufbauen muss und dementsprechend institutionalisieren muss. Wenn man diese Infrastruktur hat, kann man auch einen Bürgerrat sehr schnell aktivieren. Das ist eine Frage des Hinterherhechelns. Ich glaube, Institutionalisierung bedeutet, dass man so was sehr schnell herbeirufen kann, weil es einen Bedarf für die Beantwortung einer Frage gibt. Das ist die Infrastruktur des Losverfahrens. Eines meiner Steckenpferde ist: Wo ist die angesiedelt? Ist es beim Wahlleiter, beim Losverfahrenleiter, bei der Losverfahrenleiterin? Hier wäre eine interessante Stelle zu kreieren.

Dann gehe ich zur nächsten Ebene. Das ist die Kultur. Da waren auch ein paar Fragen zu beantworten. Ja, Bürgerbeteiligung aktiviert die Menschen. 80 bis 90 Prozent der Teilnehmenden an einem Bürgerrat, einer Bürgerbeteiligung machen danach weiter. Seit 40 Jahren zeigen alle Studien: Es hat einen Aktivierungseffekt; das ist sehr stark. Und es ist auch eine Sache der Kompetenz – das heißt, dadurch, dass man da durchgeht, gewinnt man an Kompetenzen.

Ich sage am Ende noch ein Wort zum Klimarat Frankreich, damit ich nicht zu lang dran bin. Wir sind auch dabei, etwas Neues zu erfinden. Es gibt viele Kommentare über den Umsetzungsstand des Klimarats Frankreich. Es kommt nicht so voran, wie man wollte, aber dafür ist es für mich ein Zeichen, dass wir endlich mal dort angelangt sind, wo ein deliberatives Verfahren ein politisches Objekt geworden ist. Was bedeutet das? – Es gibt in Frankreich ein Gesetz, was gerade auf Grundlage der Maßnahmen des Bürgerrats im Parlament vorbereitet wird. Ich kenne kein anderes Beispiel, wo ein komplettes Gesetz auf Grundlage einer Bürgerbeteiligung auf nationaler Ebene vorbereitet wird. Das heißt, alle Maßnahmen, die sonst nicht woanders ihren Platz gefunden haben, werden durch dieses Gesetz vorbereitet. Natürlich geht dieses Gesetz durch das traditionelle repräsentative System. Das heißt, es gibt Gegenstimmen, es gibt Mehrheiten und Minderheiten, es gibt die Parteien, die ihr Wort dazu sagen, und es gibt die Bürger und Bürgerinnen vom Klimarat, die auch mitbeteiligt werden an dieser Gesetzesvorbereitung. Das ist total neu. Das ist für alle neu: Das ist für die Abgeordneten neu, das ist für die Bürger und Bürgerinnen neu, das ist für die Lobby neu und auch für die Verwaltung, und alle müssen davon lernen. Deswegen – von außen würde ich sagen: Es ist klar, es scheint, als ob es kompliziert wäre – es ist kompliziert, weil es neu ist.

Zum Hintergrund: Ja, klar, der Klimarat in Frankreich hat als Hintergrund die Gelbwesten, und diese Frage der sozialen Gerechtigkeit ist natürlich dann ein Mandat gewesen, weil es die Proteste davor gab.

Ich versuche mal zu gucken, ob ich was ganz Wichtiges vergessen habe. Sonst würde ich es dabei belassen. – Ich glaube, ich habe die meisten, die wichtigsten Sachen, die ich notiert habe, angesprochen. Es war so viel und so spannend, vielen Dank! Ich stehe natürlich zur Verfügung, wenn noch Fragen da sind. Ich wohne in Berlin, das heißt, ich bin auch nicht so weit, ich bin um die Ecke und freue mich auf weitere Diskussionen.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Vergne! – Wir müssen jetzt wieder 20 Minuten Lüftungspause machen. Danach sind noch die beiden Anzuhörenden und die Staatssekretärin dran, und wir müssen gucken. Wir können leider auch danach nicht einfach überziehen, weil die Räume wieder belegt sind. Also, in 20 Minuten hier. Ich würde die Sprecherinnen und Sprecher bitten, dass wir die 20 Minuten auf dem Flur nutzen, um zu besprechen, was wir das nächste Mal machen wollen.

[Lüftungspause von 14.25 bis 14.40 Uhr]

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Wir machen mit der Beantwortung der Fragen weiter, und Herr Vehrkamp bekommt das Wort.

Dr. Robert Vehrkamp (Bertelsmann Stiftung) [zugeschaltet]: Ich kann mich auf ein paar Punkte begrenzen, weil von meinen beiden Vorrednern schon viel beantwortet worden ist. Ich fange mit der Technik der Zufallsauswahl an, weil wir damit in den letzten Jahren viel praktische Erfahrung gesammelt haben. Unser Fazit dabei ist, dass es nicht erforderlich ist und sich auch nicht lohnt, diese Zufallsauswahl zu sehr zu perfektionieren, denn so etwas wie vollständige Repräsentativität gibt es sowieso nicht. Jedes Abbild der Gesellschaft bleibt ein unvollständiges, eben ein lediglich repräsentatives Abbild. Es wurde von meinen Vorrednern schon gesagt: Es geht in dem Verfahren vor allem darum, eine Vielfalt an Perspektiven und Standpunkten zu generieren, und wir haben die Erfahrung gemacht, dass Sie das hinkriegen, wenn Sie hinreichend nach Alter, Geschlecht, vor allen Dingen nach Bildungsstand, aber auch nach regionaler Herkunft bzw. sozialen Milieus und Wohnquartieren differenzieren. Dann kriegen Sie ab einer Gruppengröße von 50 bis 80 Menschen schon eine große Vielfalt an Perspektiven, die sich dann vor allem auch in der Deliberation selber noch mal sozusagen pluralisiert. Das ist der Unterschied zu Umfragen.

Ich komme zu meinem nächsten Punkt, weil ich noch gefragt oder so verstanden worden bin, als ob ich der Auffassung sei, Bürgerräte seien lediglich dazu geeignet, Meinungsbilder zu erheben. – Das habe ich nicht gemeint. Ich glaube schon, dass Bürgerräte auch mehr als nur beratend tätig sein können, weil die Meinungsbilder, die Sie mit Bürgerräten generieren können, eine ganz spezifische Qualität haben und eine ganz spezifische Qualität erzeugen. Wenn Sie das Beispiel der Akzeptanz von Coronamaßnahmen nehmen, bin ich fest davon überzeugt, dass Sie, wenn Sie diese Frage der Akzeptanz in einem Bürgerrat diskutieren, andere Ergebnisse bekommen als in rein repräsentativen Umfragen, wo Sie sozusagen mit einem Telefonanruf überfallen und gefragt werden: Was halten Sie eigentlich von der Coronamaßnahme XY? Je nachdem, in welcher Situation Sie gerade erwischt werden, geben Sie ein spontanes Urteil ab. In deliberativen, diskursiven Zusammenhängen in einem Bürgerrat – wo Sie immer auch mit den Standpunkten der anderen konfrontiert werden, bevor Sie daraus im Bürgerrat ein Meinungsbild oder eine Tendenz entwickeln – sieht das natürlich ganz anders aus.

Ich bin allerdings der Meinung, dass ein Bürgerrat keine originäre demokratische Legitimation hat, letztverbindliche Entscheidungen zu treffen, weil ich nicht der Auffassung bin, dass eine Zufallsauswahl per Losverfahren mit demokratischer Legitimation gleichzusetzen ist. Die ergibt sich für mich entweder aus direktdemokratischen Entscheidungen oder aus unseren Wahlverfahren; das Losverfahren alleine ist für mich noch keine ausreichende demokratische Legitimation und stellt noch keine Legitimität her, auch letztverbindliche Entscheidungen zu treffen. Die Grenze würde ich da also ziehen wollen.

Wenn man sich noch mal die Frage stellt, warum dieses auch heute sehr häufig zitierte irische Beispiel, dieser irische Bürgerrat, die Citizens' Assembly, so erfolgreich war, dann war die vor allen Dingen deshalb so erfolgreich, weil sie genau die Verzahnung nicht nur von Bürgerrat mit direktdemokratischer Entscheidung, sondern von repräsentativer Institution – also von Parlament, Direktdemokratie und Bürgerrat – erreicht hat. Am Anfang stand nämlich in Irland das Parlament. Das Parlament hatte ein echtes Anliegen, es hatte ein Problem, es hatte eine Blockade, vor allen Dingen in der Abtreibungsfrage. Man wollte diese hoch moralisierte, stark aufgeladene Frage nicht einfach im Parlament per Mehrheitsentscheidung sozusagen

abräumen und hat dann nach einem demokratischen Prozess gesucht, der einer solchen Entscheidung am Ende des Tages eine höhere Akzeptanz in der Bevölkerung verschafft. Dann hat es den Auftrag an diese Citizens' Assembly gegeben. Die Ergebnisse der Citizens' Assembly sind ins Parlament zurückgegangen, das Parlament hat dann daraus eine direktdemokratische Entscheidung initiiert, und die ist dann in der Referendumsentscheidung mit, ich glaube, 66 Prozent Mehrheit gefällt worden. Das alles, dieses Zusammenspiel der drei Elemente von Parlament, Bürgerrat und direktdemokratischer Entscheidung, hat dazu geführt, dass das in Irland eine ganz hohe Akzeptanz gehabt hat und es dadurch gelungen ist, ich will nicht sagen, einen Konsens herzustellen, aber zumindest eine hohe Akzeptanz auch bei denjenigen zu erreichen, deren Auffassung sich im Endeffekt im Ergebnis nicht durchgesetzt hat. Das ist eben das, was Bürgerräte erreichen können, wenn sie mit den bestehenden direktdemokratischen und repräsentativen Institutionen der Demokratie geschickt kombiniert werden.

Vielleicht noch zwei, drei abschließende Bemerkungen, was die Unabhängigkeit von Bürgerräten angeht. Das ist ein bisschen so, wie bei der Repräsentativität: Vollständige Unabhängigkeit gibt es nie. Wir alle sind in Kontexte eingebunden und bringen bestimmte Vordispositionen mit. Es macht schon einen Unterschied, ob Mehr Demokratie e. V. einen Bürgerrat zu ihren Themen aufstellt oder ob das eine gegenüber direkter Demokratie vielleicht eher kritische Institution macht. Aber das ist, glaube ich, gar nicht letztendlich das Entscheidende. Sie können dem durch Transparenz auf der einen Seite begegnen und natürlich durch Mitentscheidungs- und Mitgestaltungsrechte des Bürgerrates selber. Das finde ich ganz wichtig.

Es wurde mehrfach die Frage gestellt: Wie sucht man denn Experten aus? – Na ja, wie suchen Sie im Abgeordnetenhaus Experten aus? – Die Fraktionen haben bei Anhörungen normalerweise das Recht, eigene Experten zu benennen, die sie für geeignet halten, und so würde ich das in einem Bürgerrat auch immer machen, dass nicht nur Experten vorgegeben und benannt werden, sondern dass bei einem Verfahren, beim Prozedere und gerade auch bei der Auswahl von Experten der Bürgerrat selber eben auch ein Mitsprache- und Mitgestaltungsrecht hat.

Noch eine Anmerkung zur Frage der Mehrsprachigkeit und der Digitalisierung: Ja, das ist richtig, das kann man natürlich machen. Wir haben gerade in den letzten Wochen mehrere Bürgerräte mit der EU-Kommission durchgeführt. Da waren zum Teil fünf Länder, also fünf unterschiedliche Sprachen, beteiligt. Wir haben das alles komplett digital gemacht – von der Ansprache der Bürger und Bürgerinnen bis hin zur Beteiligung und zum Prozess selber. Wir haben das mit Simultandolmetschern gemacht, sodass jeder in der eigenen Sprache teilnehmen konnte. Man muss allerdings natürlich sagen, dass das die Anforderungen, vor allen Dingen an die Ressourcen, extrem erhöht. Das sind dann relativ aufwändige und teure Verfahren, aber machbar ist das. Es war gerade mit den fünf europäischen Ländern in fünf Sprachen ein ganz faszinierendes Erlebnis, was da an Dynamik entstanden ist und auch, welche Qualität die Ergebnisse hatten, die jetzt in den Prozess der Konferenz zur Zukunft Europas einfließen.

Abschließende Bemerkung – was wäre denn das richtige Format für Berlin? – Da würde ich sagen: Das kommt auf das konkrete Anliegen an. Ich finde es ganz wichtig, dass Sie selbst Rechenschaft darüber ablegen: Welches Anliegen verfolgen Sie denn eigentlich? Welches Problem wollen Sie mit dem Bürgerrat tatsächlich lösen? Haben Sie ein konkretes Thema, bei dem es Ihnen darauf ankommt, Konsens zu erzeugen, Akzeptanz zu erzeugen? Geht es Ihnen eher darum, Menschen zu beteiligen, also ein Partizipationsdefizit oder eine Repräsentationslücke zu schließen? Das finde ich ganz wichtig. Es gibt eine Gestaltungsvielfalt, auch bei

Bürgerräten. Was die konkrete geeignete Form ist, kommt immer auf das Anliegen an. Ich würde sehr viel Sorgfalt darauf verwenden, dieses Anliegen genau zu definieren, um dann auch die dafür geeignete Form und Ausgestaltungsvariante des Bürgerrates definieren zu können. – Das war es aus meiner Sicht.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank, Herr Dr. Vehrkamp! – Dann hat Frau Schöttler als Letzte noch das Wort.

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (BA Tempelhof-Schöneberg): Herzlichen Dank! – Die erste Frage war nach Personal und Finanzen. Wir haben in der Tat die ersten Ideen mit dem Ehrenamtsbüro, was bei uns auch das bürgerschaftliche Engagement mit abdeckt, insgesamt angefangen. Uns war aber ganz schnell klar: Das wäre nebenbei gewesen. Das geht nicht. Wir haben inzwischen eine Stabsstelle Dialog und Beteiligung, die praktisch für das Thema anderthalb Beschäftigungspositionen hat. Ich kann aus meiner Erfahrung sagen: Zwei, zweieinhalb wären an der Stelle besser, um alles kontinuierlich abdecken zu können – von Corona und davon, dass einer der beiden im Moment permanent im Gesundheitsamt ist und dort aushilft, mal ganz zu schweigen. Wir sind natürlich inzwischen in einer Zeitschiene, die wir uns so niemals vorgestellt haben, weil coronabedingt ganz viele Sachen dazwischengekommen sind und nicht machbar gewesen sind.

Mir ist jedenfalls ganz wichtig, dass es diese Stabsstelle erstens gibt, dass es zweitens auf jeden Fall mehr als ein Mensch ist und sie kontinuierlich an der Thematik dranbleiben, denn wir haben im Prinzip eine Dreiteilung: Wir haben vor dem Bürgerinnen- und Bürgerrat alles, was mit Aktivierung, Werbung etc. zu tun hat, wir haben die Durchführung des Bürgerinnen- und Bürgerrates, und wir haben alles, was danach kommt, zu bewältigen. Ich kann nur aus unserer Erfahrung sagen: Wir haben den Zeitaufwand bei allem unterschätzt. Auch die Ressourcen, die wir benötigen, haben wir unterschätzt, und, wie gesagt, Corona hat auch noch was dazu beigetragen. Ich glaube – es ist vorhin schon gesagt wurden –, man muss es hier auf jeden Fall vom Ergebnis her denken, denn wenn man hier Menschen enttäuscht, dann sind sie auch sehr lange enttäuscht. Wenn man sie hier aktivieren kann, dann haben wir auch sehr lange etwas davon, dass hier Menschen mitmachen und sie positiv durch ihr Umfeld gehen.

Wir haben trotz der ganzen Schwierigkeiten erlebt, dass wir ein unheimlich positives Feedback von den Bürgerinnen- und Bürgerräten hatten. Das haben wir einmal durch direktes Befragen gemacht, es gab aber auch eine Evaluierung, wo übrigens fast alle mitgemacht haben. Die Rückmeldequote war enorm. Die erste Zustimmung haben wir dadurch erfahren, dass fast 50 Leute antworten, wenn wir 450 Briefe rausschicken. Das ist eine unheimlich hohe Quote. Davon sind am Ende wirklich 30 gekommen. Das sagt mir: Das ist ein sehr interessantes Format für Menschen, die, ich sage mal, in den normalen Beteiligungsstrukturen bisher nicht so drin waren, weil der Rahmen vorgegeben ist und sie an der Stelle zunächst erst mal nur erscheinen und mitmachen müssen.

Unser Bürgerinnen- und Bürgerrat hat anderthalb Tage gedauert, denn wir haben das Format aus Vorarlberg übernommen; das war so limitiert. Das war ambitioniert, vor allen Dingen, da wir mit der doppelten Anzahl von Menschen umgegangen sind, die das Format eigentlich vorgegeben hatte. In Vorarlberg sind es meistens 12 bis 15 Räte, die zusammenkommen. Wir wollten aber keinen zu Hause sitzen lassen, sondern haben gesagt: Alle, die sich anmelden, kommen auch mit –, sodass wir sehr unterschiedliche Räte hatten. Unser kleinster Bürgerin-

nen- und Bürgerrat bestand aus 8 Menschen – was auch mit Corona zu tun hatte –, und der größte bestand aus 30. Darauf mussten wir jeweils immer reagieren. Es geht aber alles, man muss es nur aufnehmen und in dem Konzept mit unterbringen.

Die Frage nach den Finanzen ist ein bisschen schwieriger zu beantworten, denn hier kommt es sehr darauf an, was man alles organisieren muss. Wir haben sowohl bei dem Bürgerinnen- und Bürgerrat als auch bei dem Bürgercafé, das wir durchgeführt haben, jeweils ungefähr 3 000 bis 5 000 Euro gebraucht. Wir hatten aber die Räume umsonst, wir hatten das Equipment umsonst, wir brauchten keine Sprachmittlung – wir haben das zwar abgefragt, aber es kam keine Bedarfsmeldung. Genauso war es mit dem Thema Barrierefreiheit: Wir haben es abgefragt, aber Unterstützung ist nicht angefragt worden. Das sind alles Punkte, die es am Ende natürlich teurer machen können, aber eben nicht müssen – je nachdem kann sich das auch locker verdoppeln. Es kommt auch darauf an, wie viele man anschreibt. Wir haben zwischen 450 und 600 Personen je Bürgerinnen- und Bürgerrat angeschrieben, also insgesamt round about 3 500. Das kann man auch mehr oder weniger ausdehnen oder verkleinern. Außenmoderation halte ich für ganz wichtig, um die Unabhängigkeit nach außen zu dokumentieren. Das läuft gut. Da gibt es inzwischen auch viele Moderatorinnen und Moderatoren, insbesondere auch in Berlin. Die Methode ist geschult worden, sodass keiner mehr weit anreisen musste, was bei unseren ersten Bürgerinnen- und Bürgerräten noch der Fall war.

Zum Thema Zusammensetzung und Repräsentanz: Es ist sicherlich nicht vollständig repräsentativ; dazu ist, glaube ich, alles schon gesagt worden. Bei uns kann ich nur sagen: Ja, wir hatten auch das Thema Bildungsabschluss. Es waren überwiegend sehr Gebildete: solche mit Abitur, gerade mit dem Abitur fertig, sehr viel mit einem Hochschulstudium, einige mit Ausbildungen und, ich glaube, insgesamt nur eine Person, die keinen Abschluss hatte. Es war sehr sichtbar, dass da noch Luft nach oben ist, um die volle Repräsentanz zu erreichen.

Genauso hatten wir noch ein Problem, an vielen Stellen, junge Menschen dazu zu bewegen, mitzumachen. Auch da muss man sicherlich noch mal gucken: Wie spricht man gerade diese Zielgruppe an? Mit jung meine ich diejenigen zwischen 16 und 25. Die waren deutlich unterrepräsentiert.

Zur Frage: Welche Themen wurden aufgerufen? – Wir haben, wie gesagt, sehr breit gefragt. Für mich ist das wichtigste Thema, was durch alle Bereiche durchgegangen war, das Thema Kommunikation, Information, Wahrnehmung von Angeboten, die oft nicht stattfindet. Wir hatten ganz oft die Situation, dass Bürgerinnen- und Bürgerräte sagten: Ach, das Angebot gibt es? – Man konnte fast bei allen sagen: Ja, bei Ihnen um die Ecke! Eine Straße weiter gibt es das. – Das heißt, es wurde noch mal ganz deutlich, dass wir ein hohes Informationsdefizit zwischen Verwaltung und Bürgerinnen und Bürgern haben.

Auch die Kommunikation – und da sage ich mal: von beiden Seiten – ist noch nicht so, dass das wirklich gut funktionieren kann. Beide Seiten haben noch große Vorbehalte und vor allen Dingen keine Möglichkeiten, miteinander ins Gespräch zu kommen. Wir haben auch mal gefragt: Wie sollen wir ins Gespräch kommen? – Das war relativ zähflüssig, weil es noch nicht gelebte Kultur ist, dass es Orte gibt, wo man sich automatisch trifft, wo man miteinander ins Gespräch kommt.

Die Bürgerinnen- und Bürgercafés, wo die Verwaltung mit dabei war, sind alle hochzufrieden rausgegangen, weil sie gesagt haben: Jetzt haben wir mal Hintergründe erfahren – wie läuft das denn in der Verwaltung? – Oder eben umgekehrt: Ach, da wollen Sie hin, wenn Sie das und das fordern. – Das heißt, die Kommunikation muss deutlich erhöht werden. Das ist zumindest bei unseren Bürgerinnen- und Bürgerräten ganz klar rausgekommen.

Ich fand auch toll: Wir haben im Nachgang mit den Bürgerinnen- und Bürgerräten auch eine Feedbackrunde gemacht, dass sie eben aktiv bleiben. Nicht zwingend in den Strukturen, aber das Beste war: Wir gehen anders durch unseren Kiez. – Das fand ich eine ganz tolle Aussage. Das heißt, der Aktivierungsaspekt der Bürgerinnen- und Bürgerräte ist wirklich enorm.

Zum Thema Themenauswahl – ich glaube, man kann fast jedes Thema auswählen. Es ist eine Frage, wie man die Frage formuliert, welche Spielräume man den Bürgerinnen und Bürgern einräumt, und das muss im Vorfeld klar formuliert werden.

Deswegen ist die erste Phase auch so unheimlich wichtig. Wir wissen, wann uns was auf die Füße gefallen ist, weil bei uns die erste Phase sehr kurz war, weil wir loslegen mussten. Ich kann alle immer wieder nur ermutigen loszulaufen, sich aber im Vorfeld genau über die Rahmenbedingungen und die Spielregeln, die man selber zulassen will, klarzuwerden und diese klar zu kommunizieren.

Ja, man kann auch Frust erzeugen, wenn die Erwartungen entweder nicht korrekt oder zu schwammig formuliert worden sind und bei Bürgerinnen und Bürgern dann andere Erwartungen aufkommen, die nicht erfüllt werden. Man kann diese aber durch Kommunikation im Nachgang auch wieder reparieren und heilen, wenn man erklärt, warum etwas nicht funktioniert oder was ansonsten stattdessen funktioniert. Kommunikation ist eigentlich das A und O.

Gefragt worden ist nach dem Verhältnis der Bürgerinnen- und Bürgerräte zu den BVVen. Das ist, glaube ich, ein Feld, was wachsen muss, was im Moment noch nicht wirklich bestellt ist, auch nicht im Ansatz. Wir haben unsere BVV informiert. Sie waren auch bei den sogenannten Resonanzgruppen mit dabei, wo über die Themen gesprochen worden ist, dann aber schon in Richtung Verwaltung. Sie waren selbstverständlich zu den Bürgerinnen- und Bürgercafés eingeladen. Ja: Nicht so, wie ich es mir gewünscht hätte, ist davon Gebrauch gemacht worden, aber ich glaube, das liegt an diesem neuen Format, was man einfach ausprobieren muss, und man muss eben auch Zeit dafür haben, kurzfristig wo hinzugehen. Das ist aber aus meiner Sicht einspielbar. Auch die Empfindlichkeiten, wie das vorhin genannt worden ist, kann man alle gut bearbeiten. Man muss einfach loslegen und dann sehr offen in alle Richtungen transportieren, was man gerade macht und warum man das macht. – Zusammensetzung und Größe habe ich schon gesagt.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Ich muss Sie auch leider bitten, zum Ende zu kommen. Den Letzten beißen die Hunde, aber ich würde gerne auch der Staatssekretärin noch das Wort geben können.

Bezirksbürgermeisterin Angelika Schöttler (BA Tempelhof-Schöneberg): Ich möchte auch nur noch eine Sache zum Thema digitale Durchführung sagen. Digital durchgeführt ist sicherlich besser als nicht durchgeführt, aber ich glaube, der Bürgerinnen- und Bürgerrat lebt davon, dass man sich sieht und dass man mit den anderen auch mal ein Nebengespräch führen kann etc. Ich glaube, ein besserer Bürgerinnen- und Bürgerrat – zumindest auf der Kiezebene – ist, wenn man sich trifft. Wir schließen im Prinzip auch Leute aus, wenn wir ausschließlich digital sind. Man kann das natürlich auch hybrid machen, wie wir hier heute, dann sind aber die Kosten wieder entsprechend höher.

Mein Fazit ist, einfach anfangen, machen und mit jedem Mal, wenn man es durchführt, in den Aufgaben wachsen. Das geht sehr schnell, weil man die Probleme, die auftreten, sehr schnell bemerkt, und darauf kann man entsprechend reagieren. – Herzlichen Dank!

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! Vielen Dank auch für dieses ganz tolle, ermutigende Schlusswort, einfach anzufangen. – Frau Staatssekretärin, bitte!

Staatssekretärin Sawsan Chebli (SKZl): Vielen Dank! – Ich will es nicht so lange machen. Ich finde, wir haben heute wirklich eine sehr gute Anhörung gehört. Die Referierenden haben uns einen sensationell guten Überblick über die Rolle von Bürgerräten gegeben. Ich bin be-

geistert. Das Ziel muss sein, Demokratie weiterzuentwickeln. Was mich angeht: Mein Fokus bleibt immer – und deswegen bin ich froh, dass wir Sie, Frau Schöttler, zu der Förderung des Modellprojektes gehört haben –, vor allem auch Gruppen miteinzubeziehen, die ungehört sind, und sie in den ganzen Prozess einzubinden. Im Diskurs erleben wir, wie vor allem diejenigen so laut wahrgenommen werden, die wir eigentlich nicht so laut haben möchten. Es muss der Fokus unserer Arbeit als Demokratinnen und Demokraten sein, diese ungehörten Stimmen lauter zu haben.

Viele spüren ja, dass wir als Senat viele Beteiligungsprozesse angestoßen haben. Jetzt geht es im Prinzip darum, das besser aufeinander abzustimmen. Die Beteiligung an sich, Partizipation, ist ein weiter Begriff. Es geht darum, Repräsentation, Deliberation und direkte Beteiligung aufeinander abzustimmen. Ich glaube, das wird der Fokus und die Aufgabe der nächsten Zeit sein. Wir nehmen jedenfalls sehr viel Substanz von der heutigen Anhörung mit und wollen weiter daran arbeiten.

Zur Frage von Ülker Radziwill vielleicht – letzter Punkt, weil wir jetzt aus dem Saal wirklich rausmüssen –: BerlinStrategie ist keine Bürgerrätestrategie, sondern ein Stakeholderprozess. Wir suchen uns gezielt die Interessengruppen aus. Das Modell von Bürgerräten wurde aber bei den Leitlinien zur Bürgerbeteiligung in Anspruch genommen oder verwandt – das als Antwort auf Deine Frage. – Das war es von mir als Senat, und jetzt müssen wir ohnehin hier raus.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Vielen Dank! – [Zuruf von Emine Demirbüken-Wegner (CDU)] – Was denn? – Nein, wir machen jetzt Schluss. Wir müssen raus. Entschuldigung!

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Dann möchte ich gerne meine Frage stellen. Das kann ja nachgereicht werden.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Dann können Sie auch die Frage nachreichen, aber wir müssen hier raus, und ich möchte auch aus Fairness gegenüber dem Personal die Zeit einhalten. Klären Sie es! Sie können es einfach nachher direkt miteinander klären.

Emine Demirbüken-Wegner (CDU): Wir haben letztens auch bis 15.15 Uhr getagt, aber es ist in Ordnung.

Vorsitzende Dr. Susanna Kahlefeld: Die Anzuhörenden möchte ich nicht entlassen, ohne Ihnen ganz herzlich zu danken, dass Sie solange hier waren und sich haben zuschalten lassen. Mir ist sehr bewusst, dass das alles etwas mühsamer ist. – [Beifall] –

Punkt 4 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 18/2877
**Aus der Krise lernen – Notfallfonds für
ehrenamtlich arbeitende Projekte und Vereine
auflegen!**

[0094](#)
BuergEnPart
Haupt

Vertagt.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.